



Konrad
Adenauer
Stiftung

**WIE SCHMECKTE DIE DDR?
BAND 2**

MYTHEN UND UNWISSEN

MIT BEITRÄGEN VON
WOLFGANG SCHULLER | KLAUS SCHROEDER

ISBN 978-3-941904-12-5



Diese Publikation dokumentiert eine Auswahl an Vorträgen, die im Rahmen der vom Bildungswerk Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen veranstalteten Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ gehalten wurden.

REDAKTION

Tobias Montag

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-941904-12-5

INHALT

5 | VORWORT

7 | MYTHEN ZUR DDR-GESCHICHTE
IHRE ERFÜLLUNG UND ÜBERWINDUNG DURCH
DIE REVOLUTION 1989/1990

Wolfgang Schuller

21 | OSTALGIE UND GLORIFIZIERUNG
UNKENNTNISSE DER NACHGEBORENNEN

Klaus Schroeder

49 | DIE AUTOREN

49 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Im Jahr 2009 jähren sich zwei Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland wird 60 Jahre alt und zugleich feiern wir 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begeht diese Jubiläen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ gedenken wir nicht nur der zentralen Entscheidungen und politischen Entwürfe in 60 Jahren Bundesrepublik und 20 Jahren friedliche Revolution, sondern wollen ebenso Redebeiträge für Veranstaltungen, die sich mit diesen vergangenen Ereignissen, aber auch deren Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Sie versteht sich als Beitrag gegen eine zunehmende Unkenntnis und einseitige Vereinnahmung der Geschichte des diktatorischen SED-Staates und der demokratischen Erneuerung der Deutschen seit Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung.

Umfragen und Studien belegen, dass das Unwissen insbesondere über die DDR in erschreckendem Ausmaß zunimmt. Aus der 2008 veröffentlichten Studie *Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich* von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder geht beispielsweise hervor, dass das Wissen der befragten Schüler der 9. bis 11. Klasse über die DDR im Osten wie im Westen nur sehr gering ist. Gleichzeitig ist eine wachsende Verklärung der DDR zu beobachten – sie firmiert unter dem Schlagwort „Ostalgie“ und macht auf einen grundsätzlichen Missstand aufmerksam: Tendenziell wird jungen Menschen im Elternhaus und Freundeskreis ein positives DDR-Bild vermittelt, das auch in der Schule anscheinend nicht in Frage gestellt, sondern eher bestätigt wird.

Eine besondere Herausforderung ist diese Situation gerade für die Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren originäre Aufgabe darin besteht, für unsere freiheitliche Demokratie zu werben sowie politisches und wirtschaftliches Grundlagenwissen zu vermitteln. Im September 2008 initiierte das Bildungswerk Dresden gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen die Reihe „Wie schmeckte die DDR?“. Die Veranstaltungsreihe will das Verständnis über unsere Geschichte wecken und einen differenzierten Blick – zwischen Relativierung und Dämonisierung – auf die DDR wagen.

Nicht jeder lebte in ständiger Angst und dem Bewusstsein des totalen Überwachungsstaates. Das DDR-System wurde besonders aktiv, wenn man sich nicht systemkonform verhielt. Dann offenbarte es allerdings alle Dimensionen eines totalitären Staates. Die (Lebens-)Kunst des Einzelnen bestand darin, minimale Kompromisslinien zu finden und nicht vorauseilenden Gehorsam zu leisten. Im Nachhinein werden unterschiedliche Aspekte dieser Erfahrungen oftmals aus- oder überblendet. Auf diese Weise entstehen Geschichtsbilder, die mit dem Alltag in der Parteidiktatur nichts mehr zu tun haben. Deshalb ist es notwendig, Gewissensforschung zu betreiben und sich zu erinnern, wie die DDR war und wie sie erlebt wurde.

Der vorliegende Band enthält zwei ausgewählte Vorträge der Veranstaltungsreihe. Schwerpunkt der Publikation sind die Mythen und die fehlenden Kenntnisse über die DDR. Aus der Veranstaltungsreihe sollen in Zukunft zu einzelnen Themenschwerpunkten noch weitere ausgewählte Beiträge publiziert werden.

Herzlich gedankt sei an dieser Stelle den beiden Autoren Professor Wolfgang Schuller und Professor Klaus Schroeder. Ein besonderer Dank für die Konzeption und Durchführung der Veranstaltungsreihe „Wie schmeckte die DDR?“ sowie für die Anregung und Begleitung der Publikation gebührt auch dem Leiter des Bildungswerkes Dresden Dr. Joachim Klose und der Wissenschaftlichen Mitarbeiterin Ulrike Büchel.

Berlin, im September 2009

*Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Wolfgang Hilberer
Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung*

MYTHEN ZUR DDR-GESCHICHTE

IHRE ERFÜLLUNG UND ÜBERWINDUNG DURCH DIE REVOLUTION 1989/1990

Wolfgang Schuller

Der frühere Sekretär für Agitation und Propaganda der Bezirksleitung Berlin der SED, Heinz Brandt, stellt in seinen Lebenserinnerungen *Ein Traum der nicht entführbar ist* plastisch dar, wie sein Erleben der Demonstrationen der Bauarbeiter in Berlin am 16. und 17. Juni 1953 und des sich sofort daraus entwickelnden Volksaufstandes dazu beigetragen hatte, dass er sich vom Kommunismus abwandte.¹ Er floh einige Zeit später in den Westen, wurde von der DDR-Staatssicherheit entführt und kam ins Zuchthaus Bautzen II. Aufgrund einer großen Medienkampagne im Westen wurde er nach drei Jahren freigelassen. Er starb leider schon 1988, so dass er die Herbstrevolution von 1989 nicht mehr erleben konnte. Da hätte er nämlich sehen können, wie die Bevölkerung der DDR die SED-Diktatur unter anderem dadurch abschüttelte, dass sie auf weite Strecken das wahr machte, was im kommunistischen Politik- und Geschichtsverständnis behauptet wurde, aber keine Basis in der Wirklichkeit hatte. Heinz Brandt hatte das mir gegenüber einmal so ausgedrückt:

„Als ich am 16. Juni zur Stalinallee kam, sah ich etwas, worauf ich mein ganzes bisheriges Leben vergeblich gewartet hatte: die deutsche Arbeiterklasse in einer riesigen spontanen Demonstration. Aber gegen uns Kommunisten.“

Dieser Gedanke wird meinem folgenden Vortrag zugrunde liegen. Die kommunistische Ideologie, die kommunistische Propaganda spiegelte gelegentlich sich selbst, meistens aber der beherrschten Bevölkerung zahlreiche Sachverhalte vor, die nicht den Tatsachen entsprachen und die den Zweck hatten, die diktatorische Herrschaft der Partei zu rechtfertigen und zu legitimieren. Manchmal waren diese Vorspiegelungen ganz einfache Lügen, manchmal kann man sie sehr abstrakt und nüchtern als Fiktionen bezeichnen, manchmal aber ist der Ausdruck Mythen am angeschlagensten, weil damit auch die Möglichkeit offengelassen wird, dass teilweise selbst daran geglaubt wurde. Eines aber haben viele von ihnen gemeinsam: Die Herbstrevolution und die ihr vorausgehenden Entwicklungen nahmen diese Mythen, Fiktionen oder gar Lügen ernst, nahmen die Partei gewissermaßen beim Wort und ließen diese Mythen Wahrheit werden. Damit bekamen sie einen anderen, einen zutreffenden, meist einen umgekehrten Sinn, als ihn die Partei gemeint hatte. Die Mythen wurden Wirklichkeit, und statt die Herrschaft der Partei zu stabilisieren, machten sie ihr ein Ende.

Mein Vortrag behandelt also verschiedene Begriffe, mit denen die SED versuchte, ihre Herrschaft zu errichten, zu legitimieren und die sie mit einem mythischen Hauch umgab, um die Partei und damit ihre Herrschaft möglichst unangreifbar zu machen. Nicht alle Mythen gehören hier hin, weil nicht alle von der Revolution aufgenommen wurden. Beispielsweise spielte der „Antifaschismus“, weil er ja selbstverständlich war, keine Rolle.

„FRIEDEN“

Der erste einschlägige Begriff ist der Frieden, ein Begriff, der gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges den ganzen im Entstehen begriffenen Ostblock einschließlich der UdSSR ergriff. Er lebte davon, dass er fast gleichbedeutend mit der kommunistischen Herrschaft verwandt wurde und die Wirkung haben sollte, dass jeder, der sich dieser Herrschaft widersetzt, als Feind des Friedens hingestellt wurde. Es gab eine Unzahl von Verwendungen, die hier nicht im Entferntesten aufgezählt werden können. Das fing mit dem Stalin-Friedenspreis an, mit der Allgegenwart von Picassos Friedenstaube, war bitterer Ernst bei dem DDR-Gesetz „Zum Schutze des Friedens“ von 1950, das schwere Freiheitsstrafen androhte, und endete mit solchen Trivialisierungen, dass „Friedensfreund“ eine Zeitlang eine klischeehafte, manchmal auch ironische Anrede wurde.

Allmählich klang diese stereotype Verwendung ab, aber sehr konkret war bis zum Schluss die Behauptung, dass die sowjetischen Raketen dem Frieden dienten, während die amerikanischen nur Teufelszeug seien. Hier setzte nun die Entmythifizierung durch Ernstnehmen ein. Schon lange vor der Herbstrevolution war es die evangelische Kirche, die mit einer großen Zahl von Friedensveranstaltungen und zahlreichen unabhängigen Friedensgruppen darauf hinwirken wollte, dass jegliche Raketenrüstung, in West und Ost, eine Friedensbedrohung sei. Die SED war diesen Aktivitäten gegenüber verhältnismäßig hilflos, auch als sie darauf verwies, dass es ja eine offizielle DDR-Friedensbewegung gebe. Die unabhängige Friedensbewegung nahm den Frieden wörtlich und kappte damit die Verbindung mit dem Staatssozialismus. Das wurde noch deutlicher, als Bewegungen entstanden, die den Frieden in einen weiteren Zusammenhang brachten. Die „Initiative Friede und Menschenrechte“ beispielsweise war zu Recht der Ansicht, dass wahrer Friede, wahres friedliches Zusammenleben der Menschen nicht Friedhofsruhe bedeute, sondern dass er nur unter der Voraussetzung der Wahrung der Menschenrechte möglich sei. Auch im Innern eines Staates habe politischer und gesellschaftlicher Friede zu herrschen. Eine Diktatur, auch eine Parteidiktatur, war das Gegenteil von wahrem Frieden.

In den letzten Jahren der DDR griff die Meinung um sich, ihre Existenz sicherte das Gleichgewicht in Europa und sei daher identisch mit praktischer Friedenspolitik; auch unter westdeutschen Politikern war diese Vorstellung einigermaßen verbreitet. Ja, es wurde sogar behauptet, schon der Bau der Mauer 1961 habe den Frieden in Europa gerettet und sei daher eine edle Friedenstat gewesen. Da nun der Mauerbau und die Ausgestaltung des Grenzregimes zur Bundesrepublik in offensichtlichster Weise aus ganz anderen Gründen stattfanden, nämlich um die Fluchtbewegung einzudämmen, wurde hier besonders deutlich, wie der Mythos Friede sogar zu einer schlichten Lüge werden konnte. Aber auch die später aufkommende Ansicht, der Zusammenbruch der DDR oder gar die deutsche Wiedervereinigung würden eine Bedrohung des Friedens darstellen, war nicht an sich schon unzutreffend, sondern hat sich sogar sehr handgreiflich durch die politische Entwicklung als falsch erwiesen. Genau das Gegenteil ist eingetroffen. Die Selbstbefreiung der DDR und der anderen mittel- und osteuropäischen Staaten vom Kommunismus und die staatliche Wiederherstellung Deutschlands sind Ereignisse gewesen, die gerade den Frieden in Europa in einem sehr konkreten Sinne erst geschaffen haben.

„EINHEIT“

Damit sind wir bei der deutschen Einheit. Die DDR-Propaganda wurde Jahrzehntelang nicht müde, ständig die deutsche Einheit zu fordern, allerdings immer unter der Bedingung, dass zuerst der SED-Staat Deutsche Demokratische Republik anerkannt werden müsse. Das drückte sich sehr plastisch in einem jetzt erst berühmt gewordenen Vers eines Gedichtes von Johannes R. Becher aus. Er war der Verfasser der Nationalhymne der DDR, deren erste Strophe lautete:

„Auferstanden aus Ruinen / und der Zukunft zugewandt, / lass uns dir zum Guten dienen, / Deutschland, einig Vaterland. / Alte Not gilt es zu zwingen, / und wir zwingen sie vereint, / und es muss uns doch gelingen, / dass die Sonne schön wie nie / über Deutschland scheint.“

Als dieser Text im Herbst 1949 zur Nationalhymne erklärt wurde, hatte sich schon längst herausgestellt, dass die Regierung des kommunistisch beherrschten Teilstaates natürlich kein einheitliches Deutschland anstrebe. Wenn das der Fall gewesen wäre, wäre nicht spätestens seit 1946 auf sowjetische Initiative und mit sowjetischer Unterstützung in deren Besatzungszone schrittweise, teils offen, teils versteckt, die Herrschaft der SED begründet und die sowjetische Zone dadurch vom restlichen Deutschland abgespalten worden. Es kam der Partei auf die kommunistische Vorherrschaft an, und die war zunächst nur in der Sowjetzone zu erreichen. Als dann drei Jahre später mit Gründung des von der SED beherrschten Staates DDR „Deutschland, einig Vaterland“ verkündet wurde, diente das bereits damals zu Täuschungszwecken und war allenfalls so gemeint, dass auch Westdeutschland unter kommunistische Herrschaft kommen sollte. Gesagt wurde das natürlich nicht, sondern es sollte der Eindruck erweckt werden, die SED strebe in jedem Fall ein einheitliches Deutschland an. Diese Zeile und der ganze Text hatten also nur den Sinn, die Bevölkerung hinter Licht zu führen oder deutlicher gesagt: sie zu betrügen.

Ähnlich hatte ja übrigens die Vereinigung der KPD mit der SPD stattgefunden. Gewiss war dabei sehr viel Gewalt im Spiel, aber viele SPD-Mitglieder glaubten den Versicherungen der KPD, die Partei werde paritätisch organisiert werden; daher nennt Hermann Weber diese Vereinigung zu Recht eine „Zwangs- und Betrugsvereinigung“.² Es dauerte nicht lange und „Sozialdemokratismus“ wurde zu einem Delikt, das ins Zuchthaus führte. Wie sehr also „Deutschland, einig Vaterland“ von vornherein

Betrugszwecken zu dienen hatte, wurde in späteren Jahren erst recht deutlich, als die SED-Führung befürchten musste, die Bevölkerung nähme den Text ernst und verlange die Wiedervereinigung. Daher wurde die Nationalhymne nicht mehr gesungen; eine der vielen Absurditäten, zu denen eine unaufrichtige und nur taktischen Zwecken dienende Staatspraxis kommen musste. Und dann drehte die Revolution den Spieß um: Sie nahm den Text beim Wort, rief „Deutschland, einig Vaterland“, erklärte so ihren Willen zur Wiedervereinigung gegen die Kommunisten und schlug sie damit mit ihren eigenen Waffen.

„VATERLAND“

Auch den Begriff „Vaterland“ setzte die SED ein, um von dem Mythos zu profitieren, den gerade dieses Wort bei vielen hatte. Ich nenne nur den Eid der „bewaffneten Organe“ auf das „sozialistische Vaterland“ oder den „Vaterländischen Verdienstorden“. Wenn am Ende des Zweiten Weltkrieges als letztes Aufgebot die Jugend in den Tod geschickt wurde, dann hatte sie in einem damals propagierten Lied – ich kenne es noch aus dieser Zeit – nach einer suggestiven Melodie zu singen: „Deutschland, Vaterland, wir kommen schon“. Das hatte noch einen gewissen Realitätsbezug, weil es Deutschland immerhin noch gab. Das Vaterlands-Gedröhne des SED-Staates aber war mangels Deutschland rein instrumental und durchsichtig. Erst die Revolution hat das Wort Vaterland in Bechers Gedicht ernst genommen und damit dazu beigetragen, dass Deutschland in einem ganz unpathetischen Sinne wieder ein einiges Vaterland wurde.

Auch auf direktere Weise fingierte die SED den nationalen Charakter ihrer Politik. Das Wort „Nation“ und die Verbindungen mit „national“ hatten Hochkonjunktur: Nationale Front, Nationale Volksarmee, Nationales Aufbauwerk, Nationale Mahn- und Gedenkstätten, Nationaldemokratische Partei, Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar, Nationalpreis und vieles andere. Hier war das Instrumentale dieses Begriffs besonders mit Händen zu greifen und schon in fast peinlicher Weise unaufrichtig. Nationales, der Mythos der Nation sollte dazu dienen, der SED-Herrschaft Anhänger zu verschaffen oder ihre Herrschaft jedenfalls erträglicher zu machen. Dem dienten etwa auch die Uniformen der NVA, denen gegenüber die vorhergehenden, dem sowjetischen Vorbild nachempfundenen Uniformen der Kasernierten Volkspolizei, der KVP, zwar hässlicher, dafür aber ehrlicher waren.

Wie sehr das Nationale nur unaufrichtiges Mittel zum Zweck war, war besonders an dem Gebrauch des dazugehörenden Begriffs Patriotismus zu erkennen. Er wurde so oft und in so eindeutigen Zusammenhängen gebraucht, dass sehr bald Patriot und patriotisch – womöglich noch in der charakteristischen Aussprache des Generalsekretärs Walter Ulbricht – gleichbedeutend mit Kommunist und kommunistisch wurden. Die Revolution hat dem auf ganz einfache Weise ein Ende bereitet, indem sie die durch die SED verursachte Spaltung Deutschlands wieder beseitigt hat. Sie war also eine nationale und patriotische Revolution, der aber anders als der kommunistische Sprachgebrauch jede nationalistische Aufdringlichkeit und jeder kitschige Patriotismus fehlte. Aus dem demokratischen Vokabular ist die Nation entweder völlig verschwunden oder sie beschreibt einfach einen Sachverhalt. Sie macht kein großes Aufheben davon und insoweit ist sie wirklich national. „National“ bedeutet heutzutage sogar meistens nur, dass der deutsche Gesamtstaat und weder die Bundesländer noch Europa gemeint sind.

„DEMOKRATIE“

Auch der Staat selbst, die Deutsche Demokratische Republik, trug vierzig Jahre lang einen unzutreffenden Namen. Er sollte von dem Mythos leben, dass die Demokratie insbesondere nach der NS-Diktatur die einzige erreichbare Staatsform für eine zivilierte Gesellschaft des 20. Jahrhunderts ist. Das Wort „demokratisch“ im Namen des Staates sollte bedeuten, dass die Parteidiktatur zwar nicht demokratisch im sogenannten bürgerlichen, rein äußerlichen Sinne, wohl aber „wahrhaft“ demokratisch sei, weil die Partei ihre Diktatur, im Einklang mit den Entwicklungsgesetzen der Menschheit, im Interesse des Volkes ausübe und im Übrigen auf fast einhellige Zustimmung stoße. In den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa führte das sogar zu der unfreiwillig komischen Bezeichnung „Volksdemokratie“. Dieser fingierte Mythos wurde allerdings immer als Fiktion erkannt, das heißt er wurde eben als nicht im Einklang mit der Wirklichkeit empfunden. Sehr schnell und selbstverständlich kehrte die Herbstrevolution zur Wahrheit zurück. Schon die Forderung nach freien Wahlen, die überall erhoben wurde, zeigte, dass die Deutschen in der DDR diesen Mythos nie ernst genommen hatten, sondern Demokratie durchaus so verstanden, dass das Volk seinen Willen selbst und unmittelbar und nicht durch eine Partei auszudrücken habe. Nach vierzig Jahren des kommunistischen Demokratie-Mythos nahm ihn die Revolution beim Wort und erstritt sich eine demo-

kratische Deutsche Demokratische Republik und dann ein demokratisches geeintes Deutschland.

„REVOLUTION DER ARBEITERKLASSE“

Ein spezifisch kommunistischer, sozusagen ein innerparteilicher Mythos war übrigens, dass sich die DDR durch eine Revolution der Arbeiterklasse auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone herausgebildet habe. Man kann diesen Unsinn heute noch im Umkreis der früheren SED lesen. Das harte Wort Unsinn ist schon deshalb angemessen, weil mit Händen zu greifen ist, dass sich die deutsche Arbeiterklasse bei einer Revolution natürlich nicht peinlich genau an politische Grenzen gehalten hätte, sondern auch anderswo in Deutschland einigermaßen deutlich hätte in Erscheinung treten müssen. Nein, die SED kam exakt da an die Macht, wo die Rote Armee stand und sie teils mit Gewalt, teils bei der Unterstützung ihrer politischen Kunstgriffe und Beträgereien zur kaum verhüllten Alleinherrschaft brachte. Eine Revolution hat es dann aber doch gegeben, im Herbst 1989 bis in das Frühjahr 1990 hinein: ohne Eingreifen von außen, im ganzen Land, selbst in kleinsten Ortschaften, ohne große Revolutionshelden, alle Gesellschaftsschichten umfassend. Eine alles tyrannisch dominierende Einheitspartei kam dadurch nicht an die Macht, sondern die Revolution mündete in die freien Wahlen vom 18. März 1990 und die folgenden.

„WAHLEN“

Damit sind wir bei Wahlen, bei freien, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen. Wie bei dem Begriff Demokratie versuchte die Partei, einerseits von dem demokratischen Ton des Wortes Wahlen zu profitieren, ihm andererseits aber wiederum eine neue Bedeutung unterzuschließen. Auch diese Neudeinition von „Wahl“ hatte durchaus etwas Mythisches. Teilweise wurde zwar immer noch an der ursprünglichen Bedeutung der Auswahl, zumindest des Ja- oder Nein-Sagens festgehalten, denn warum hätte es sonst eine wenn auch in den Hintergrund gedrängte Kabine oder warum hätte es sonst Werbung – besser: eine überwältigende Propaganda – für das Ja-Sagen gegeben? Dass das schlichter Betrug war, muss jetzt nicht umständlich nachgewiesen werden. Einheitsliste und trickreiche Verhinderung der Möglichkeit des Nein-Sagens sprachen schon immer eine deutliche Sprache, und dass selbst unter diesen Bedingungen sogar noch beim Auszählen betrogen wurde, wurde bei den

Kommunalwahlen im Mai 1989 handgreiflich festgestellt. Dennoch: Der Wahlleiter Krenz war sich nicht zu schade, nach den Kommunalwahlen im Brustton der Überzeugung weiter an dem schon längst durchsichtig gewordenen Mythos zu stricken und auch im Ausland zu verkünden, die Kommunalwahlen zeigten, dass das Volk der DDR geschlossen hinter Partei und Regierung stünde.

Es gibt in diesem Zusammenhang Ausflüchte, die allerdings eher Ausreden sind. So heißt es manchmal, es sei gar nicht so sehr auf das Auswählen angekommen, sondern das Wichtigste sei ein allgemeines Bekenntnis zur Partei und deren Politik gewesen. So wäre dann auch zu erklären, warum ein so großes Gewicht auf die Beteiligung und auf das möglichst frühe Stimmabgeben gelegt wurde. Dass auch das schon im Ansatz verfälscht war, zeigt ein Gesichtspunkt, der allerdings selten vorgebracht wird. Wenn es nämlich wirklich um ein echtes Bekenntnis gegangen wäre, dann hätte vorher eine öffentliche Auseinandersetzung mit Für und Wider, vor allem Wider, stattfinden müssen. Dann hätte es öffentliche Stimmen geben müssen, die sich für die Ablehnung der Einheitsliste hätten aussprechen können. Stattdessen gab es nur den Propagandaschwall für die Annahme, mit dem die Bevölkerung überschüttet wurde, oder um mit Bertolt Brecht zu sprechen: „Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden“. Wenn es also einen irrationalen offensichtlichen Mythos gegeben hat, dann den, dass das Volk mit nahezu 100 Prozent ein Bekenntnis zur SED und ihrer Politik abgelegt habe. Auch diesen Mythos drehten die Revolutionäre vom Herbst 1989 um.

Jetzt, im Winter und Frühjahr 1990, fanden öffentliche Debatten statt mit Für und Wider, es gab eine in ihrer Höhe fast peinliche, aber diesmal freiwillige Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent, und diese Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 waren nun wirklich ein ernst zu nehmendes Bekenntnis zu den politischen Gruppen, die diese Politik vertraten. Dass später die Beteiligung abnahm und dass sogar die bisher Herrschenden unter einem anderen Namen und mit einem anderen Programm daran teilnehmen konnten und können, ist kein Widerspruch. Es ist umgekehrt die Probe aufs Exempel: Es ist ein Bekenntnis zur Politik der wirklich freien Wahlen. Bei ihnen wird mit Für und Wider geworben, man kann ihnen fernbleiben, die verschiedensten Richtungen werben um Zustimmung. Der Mythos der einhelligen und einheitlichen Zustimmung ist durch Ernstnehmen gebrochen.

MYTHOS DER „VOLSKAMMER“ ALS „VOLKSVERTRETUNG“

Das betraf dann auch die maßgeblichen politischen Institutionen selbst. Zunächst das angebliche Parlament, die „Volkskammer“; auf das Wort „Volk“ komme ich noch eigens zu sprechen. Der gelegentlich mit großem Pomp verkündete Mythos der Volkskammer war der, dass sie wirklich ein echtes Parlament, eine Volksvertretung sei, das Volk repräsentiere und ein reguläres parlamentarisches Leben führe, obwohl sie undemokratisch mit Einheitsliste und neunundneunzigprozentigen Ergebnissen zustande gekommen war. Es gab zwar Ausschüsse, es gab Sitzungen und Sitzungsprotokolle, aber alles war wie ein schlechtes Theaterstück einstudiert und gespielt. Die Redebeiträge waren vorher festgelegt, die Beschlüsse wurden – mit einer einzigen Ausnahme – einstimmig gefasst, besonders schlimm noch am 8. Juni 1989 die Billigung des mörderischen Vorgehens der chinesischen Führung auf dem Tiananmen-Platz in Peking als Niederschlagung einer Konterrevolution. Aber im Herbst 1989 fingen manche Abgeordnete der Volkskammer an, sich – wenn auch in geringem Ausmaß – unabhängiger zu verhalten, und ein Blick auf die Daten zeigt, dass die revolutionäre Entwicklung die Ursache war. Egon Krenz wurde nicht einstimmig, sondern mit Gegenstimmen und Enthaltungen – nur 26, aber immerhin – zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt. Es gab sogar eine regelrechte Kampfabstimmung um das Amt des Präsidenten zwischen Manfred Gerlach und Günther Maleuda, die Maleuda mit knapper Mehrheit gewann. Als der Staatssicherheitsminister Erich Mielke alle Abgeordneten mit „Genossen“ anredete, gab es Unmutsäußerungen von Mitgliedern von Blockparteien, und als er verwirrt stammelte, er liebe doch alle, alle Menschen, wurde er sogar ausgelacht. Bisher hatte ein Blick genügt, um Einstimmigkeit festzustellen, jetzt musste doch ein wenig gezählt werden, so dass der SED-Volkskammerpräsident Horst Sindermann Schwierigkeiten damit bekam.

Ein paralleler Vorgang war sogar in der Partei selbst zu beobachten. Es ist ein erregendes Erlebnis, die Protokolle der letzten vier Tagungen des Zentralkomitees der SED (ZK) vom 18. Oktober bis zum 3. Dezember 1989 zu lesen. Sie waren auf Tonband aufgenommen worden und liegen jetzt in gedruckter Form vor. Ursprünglich war das Zentralkomitee der jeweiligen kommunistischen Partei ein Gremium gewesen, in dem bei allem schon früh bestehenden Übergewicht des Parteiapparats und der Führungsgremien doch einigermaßen offene Auseinandersetzungen oder jedenfalls Diskussionen stattgefunden hatten. Die Mitglieder dieses

obersten Gremiums der Partei der Arbeiterklasse sollten der Idee nach diejenigen sein, die die Politik bestimmten und festlegten. Das zeigte sich schon daran, dass das oberste Organ ein schlichtes politisches Büro war, ein Politbüro, und dass die obersten Amtsträger der Parteiorganisation als schlichte Sekretäre bezeichnet wurden. Das war fast mehr als alles andere ein bloßer Mythos, denn die Machtverteilung war umgekehrt: Das Politbüro und die Sekretäre waren in Wirklichkeit diejenigen, die die Macht innehatten. Die Sitzungen des ZK wurden zu einer starren, vorstrukturierten Inszenierung, es gab keine individuellen, aus der Situation heraus entstandenen Redebeiträge, sondern jede Wortmeldung wurde vorher festgelegt und die Texte mussten schriftlich eingereicht und von der Parteiführung genehmigt werden.

Bei einer solchen Lage der Dinge brauchte man auch keine Geschäftsordnung, aber als am 8. November 1989 bezeichnenderweise plötzlich danach gefragt wurde, wurde zunächst ergebnislos gesucht, bis später eine Geschäftsordnung auftauchte. Allerdings stammte sie aus dem September 1953, war nie nötig gewesen und jetzt unbrauchbar. Im Herbst 1989 nämlich, als das Land in Aufruhr war, war plötzlich alles anders geworden, auch im ZK. Der Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober ging noch einigermaßen mit der gewohnten Steifheit und Einstimmigkeit über die Bühne – dieses dem Theaterleben entnommene Bild trifft die Sache genau –, aber sofort nach der Rede des neuen Generalsekretärs Krenz gab es Zwischenrufe, es meldeten sich überraschend ZK-Mitglieder unangekündigt zu Wort, die Diskussion wurde bereits jetzt immer lebhafter. Auf weiteren Sitzungen kamen Temperaments-, ja Verzweiflungs- ausbrüche hinzu, und schon zu Beginn des 10. Plenums, am Morgen des 8. November, musste plötzlich gezählt werden. Ähnlich wie Sindermann in der Volkskammer musste sich der Generalsekretär Egon Krenz auf die neue Situation einstellen und mahnte: „Ich bitte zu zählen. Schön die Hände hoch lassen, Genossen, an solche Situationen sind wir bisher nicht gewöhnt.“ Die Entwicklung verlief dann schnell. Der Mythos von der einigermaßen selbständigen Diskussion, die den Kurs der Partei bestimmen sollte, wurde plötzlich ernst genommen, und das ZK steuerte über die ungewohnten und ungeübten demokratischen Prozeduren notwendigerweise auf das Chaos und schließlich das Ende zu.

„VOLK“

Zum Schluss ein Begriff, der von den Kommunisten fast so zu Tode geritten wurde wie Frieden, nämlich „Volk“. Alles war Volk, ich muss das jetzt nicht ausführlich aufzählen. Nur zwei Beispiele, als Erstes die Volkspolizei (VP). Dass sie genau das nicht war, möge durch den Redebeitrag eines Bauern einer thüringischen LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) verdeutlicht werden. Von einer der vielen Versammlungen während der Revolutionszeit, in denen bisherige Machthaber Rede und Antwort stehen mussten und es auch oft taten, gibt es eine Tonbandaufnahme; sie fand in der Stadtkirche in Rudolstadt statt. In der Nachschrift kann man folgendes lesen, ich gebe das auf Hochdeutsch wieder:

„Ich bin der XXX aus XXX. Ich hab mal eine Frage an die Herren Uniformierten da vorn. Sie reden von Eid, Verfassung und Volk. So, und nun will ich einmal wissen, wie viele Offiziere, Unteroffiziere oder Berufs-offiziere sind bei euch, die nicht Mitglieder der SED sind. Die gleiche Frage stell ich an das VPKA.³ Wie viele Genossen sind bei euch, die nicht zu der SED gehören.“ – Es folgt eine Diskussion, bei der sich herausstellt, dass alle Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Kreisdienststelle Rudolstadt und alle Angehörigen des VPKA der SED angehören. – Weiter XXX: *„Na, nun hört mal zu. Wenn ihr alle zur SED gehört, dann seid ihr nicht Diener vom Staat gewesen, sondern dann seid ihr doch Diener von der SED.“* (Brausender Beifall). *„Und nun speziell zu den Kampfgruppen. Sobald einer von den Kämpfern aus der SED ausgetreten ist, da musste er aus der Kampfgruppe ausscheiden. Nun ist bekannt, wer bei den Kampfgruppen bleibt, der kriegt mal 100 Mark mehr Rente. Nun hört mal zu: Ich bin 47 Jahre bei der freiwilligen Feuerwehr. Ich mach noch die fünfzig voll. Da bekomme ich aber keine 10 Mark mehr Rente.“* (Wilder Applaus und lautes Lachen).

Es war für das Selbstverständnis der Volkspolizei gefordert, dass sie bewaffnetes Organ der Partei sei, wie ja auch vom Justizpersonal gefordert wurde, Justizfunktionär der Partei zu sein, und wenn sich die Partei mit dem Volk identifizierte – ein weiterer Mythos –, dann wäre ja alles in Ordnung gewesen. Es war aber nicht so. Nun ist es bemerkenswert, dass es im Laufe der Herbstrevolution Anzeichen für eine neutrale Rolle der VP in der Öffentlichkeit gab, es waren zunächst nur wenige. Das zeigt sich insbesondere an ihrem Verhältnis zur Staatssicherheit. Bei der Leip-

ziger Liebknecht-Luxemburg-Demonstration vom 15. Januar 1989 griff uniformierte Polizei ein, als Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Zivil Demonstranten festnehmen wollten. Und die Magdeburger Polizei scheint alles andere als erfreut gewesen zu sein, als im Lauf des Jahres 1989 die Kundgebungen im Dom zunahmen und sich deshalb die Staatssicherheit in den Räumen des VP-Reviers Mitte einquartierte und die Polizeioffiziere der Befehlsgewalt von MfS-Offizieren unterstellt wurden. Auf der anderen Seite war es doch die VP gewesen, die im Zusammenhang mit den Demonstrationen um den 7. Oktober die Zugeführten brutal geprügelt und gequält hatte. Als die Revolution weitere Fortschritte machte, häuften sich bei der VP aber die Austritte aus der SED und die Forderung kam auf, nicht mehr automatisch als „Genosse“ tituliert zu werden.

Es ist jedoch ein weiterer bezeichnender Vorgang, dass im Laufe der Herbstrevolution die Teilnehmer vielerorts die Volkspolizei wieder einmal beim Wort nahmen und von ihr ein Verhalten einforderten, das sie als wirkliche Polizei des Volkes oder auch des neutralen Staates ausweisen sollte. Als Anfang Dezember 1989 in der gesamten DDR Staatssicherheits-Dienststellen besetzt wurden, nachdem man gemerkt hatte, dass dort Akten verbrannt oder sonst vernichtet wurden, geschah das oft mit Hilfe der Volkspolizei. Volkspolizisten begleiteten die Demonstranten, die sich bald in Bürgerkomitees organisierten, und bewachten die Gebäude gegen die MfS-Angehörigen. Sie taten das oft zusammen mit ebenfalls von den Demonstranten herbeigerufenen Staatsanwälten oder sogar Militärstaatsanwälten, die sämtlich sozusagen – um hier in Sachsen einen preußischen Ausdruck zu benutzen – ans Portepee gefasst und daran erinnert wurden, dass sie öffentliche Belange gegen das illegale, heimliche und lichtscheue Treiben der Staatssicherheit wahrzunehmen hätten. Diese Hilfe von Polizei und Staatsanwaltschaft geschah dann so, dass die geöffneten Räume, Archive, Funkzentralen und Ähnliches versiegelt wurden. Das scheint manchmal durchaus Erfolg gehabt zu haben, häufig aber auch nicht. Vor allem Staatsanwälte steckten mit der Stasi unter einer Decke und halfen, die Siegel zu brechen und erst später wieder anzubringen. Wie oft Volkspolizei und Staatsanwaltschaft sich als neutrale Organe des Staates verhielten und wie oft sie gemeinsame Sache mit dem MfS machten, ist noch nicht endgültig geklärt.

Das Wichtigste, wo die Bezeichnung „Volk“ durch die Revolution Wahrheit geworden ist, war dann das Parlament dieses demokratischen Staates, das weiterhin den bisherigen Namen trug: Volkskammer. Vom 19. März bis zum 3. Oktober 1990 verhielt es sich aber auch wirklich als Parlament des Volkes. Es war durch freie Wahlen zustande gekommen, es gab offene, kontroverse Diskussionen, es stellte sich der Öffentlichkeit und wurde kritisiert, es wurde abgestimmt und ausgezählt, Mehrheitsentscheidungen galten. Das betrifft auch die Entscheidung, mit der ein zentraler Wille des Volkes in der DDR in die politische Wirklichkeit umgesetzt wurde, der Beschluss vom 23. August 1990, über den Beitritt zur alten Bundesrepublik. Es wurde abgestimmt, die Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl verkündete nach der Auszählung 294 Stimmen für den Beitritt, 62 dagegen, sieben Enthaltungen. Es war also kein einstimmiger Beschluss, eine Mehrheit stand gegen eine Minderheit, die anderer Ansicht war und das vorher ausdrücken, verteidigen und dafür werben konnte. Damit war der Mythos DDR als Staat des Volkes endgültig gebrochen. Gebrochen dadurch, dass man ihn genau wie die Tarnbegriffe Frieden oder Demokratie beim Wort nahm. Nur einer konnte es so schnell nicht fassen, dass es mit der DDR nun wirklich zu Ende sein sollte. Der Abgeordnete Gregor Gysi erbat das Wort zu einer persönlichen Erklärung und rief:

„Frau Präsidentin! Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen.“

So war es. Jetzt hatte er es auch begriffen. Besser konnte man es nicht sagen. Das Protokoll verzeichnet folgerichtig: „Jubelnder Beifall bei der CDU/DA, der DSU, teilweise bei der SPD“. Dann setzte Gysi noch einige Worte darüber hinzu, dass die DDR doch immerhin für alle „das bisherige Leben“ gewesen sei und dass seine Partei eine starke demokratische Opposition zu werden gedenke, denn so etwas brauche Deutschland. Eine etwas spät kommende Erkenntnis.

Zum Schluss das Wichtigste zur neu verwendeten und richtigen Bedeutung des bisher inflationär gebrauchten Begriffs „Volk“. Auch dieses längst abgegriffene, einfache Wort ist ja von den Revolutionären unmittelbar aufgenommen worden und hat endlich seine zutreffende Bedeutung wiederbekommen. Darüber, wie der Ruf eigentlich zustande gekommen ist, gibt es verschiedene Versionen. War es die Antwort auf eine Aufforderung der Volkspolizei, auseinanderzugehen? War es die

Reaktion auf den Ruf der Volkspolizei, die Demonstranten machten sich des „Rowdytums“ schuldig? Oder lag er ganz einfach in der Luft und entstand gleichzeitig aus verschiedenen Anlässen und an verschiedenen Orten? Auf jeden Fall ist er einer der schönsten Rufe, den die gesamte deutsche Geschichte überhaupt aufzuweisen hat: Wir sind das Volk!

- 1/ Brandt, Heinz: *Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West.* – München: List, 1967.
- 2/ Weber, Hermann: Zwangs- und Betrugsvereinigung. In: Faulenbach, Bernd / Potthoff, Heinrich (Hrsg.): *Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg.* – Essen: Klartext-Verlag, 1998. – S. 115-117.
- 3/ Abkürzung für Volkspolizeikreisamt.

OSTALGIE UND GLORIFIZIERUNG

UNKENNTNISSE DER NACHGEBORENEN

Klaus Schroeder

Jede Gesellschaft wird durch bestimmte Erfahrungen geprägt und zusammengehalten. Dazu gehört ein Bild der Geschichte, das im Kern von einer breiten Mehrheit getragen wird. Gerade in Deutschland, das nach Jahrzehnten der Teilung seit nunmehr fast zwanzig Jahren wiedervereinigt ist, kommt der Erinnerung an Gemeinsamkeiten und Unterschiede in diesen Jahrzehnten und ihrer Bewertung sowie dem Willen, sich als zusammengehörig zu betrachten, eine besondere Bedeutung zu. Wer trotz der unterschiedlichen, in vielen Bereichen sogar gegensätzlichen Vergangenheit eine gemeinsame Zukunft gestalten will, muss sich dieser Herausforderung stellen.

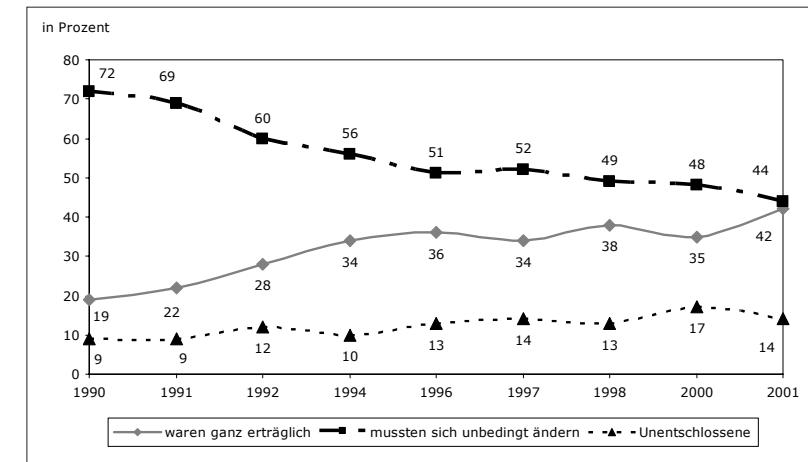
Die Deutung der Vergangenheit verändert sich im Laufe der Zeit, sei es aufgrund von Erfahrungen, die bisherige Interpretationen in einen neuen Bewertungskontext stellen, oder dadurch, dass andere Maßstäbe zur Betrachtung der Vergangenheit angelegt werden.¹ Die DDR – aber auch die Bundesrepublik – werden nach der Wiedervereinigung von vielen aus einer veränderten Perspektive betrachtet, da der Untergang des SED-Staates manifestierte Folge der Unterlegenheit des sozialistisch-diktatorischen gegenüber dem freiheitlichen-demokratischen System war. Gerade diese Tatsache versperrt vielen eine angemessene Betrachtung und Beurteil-

lung von System und Lebenswelt in den beiden deutschen Teilstaaten. Während viele Westdeutsche sich die Überlegenheit ihres Systems auch persönlich zurechnen, empfinden viele Ostdeutsche die implizite und zumeist nicht offen ausgesprochene Gleichsetzung von System und Lebenswelt als Herabwürdigung ihres Lebens.

DER VERÄNDERTE BLICK AUF DIE DDR IN DER OST- UND WESTDEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

Die Deutschen in Ost und West sind sich am Vorabend der Vereinigung in der Verurteilung und Einschätzung der SED-Diktatur weitgehend einig. In beiden Teilstaaten hält eine Mehrheit die DDR-Verhältnisse für unerträglich, ist sich zudem bewusst, dass die SED „ihren“ Staat ruiniert hatte und dort Unfreiheit und rechtliche Willkür herrschten. Diese Verurteilung der DDR auch seitens einer Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung resultiert indes zu einem Großteil aus der Euphorie des Herbstes 1989, als die Diktatur der Monopolpartei erst wankte und dann friedlich gestürzt wurde. Doch schon bald ändert sich das Bild: Eine Mehrheit der Ostdeutschen sieht die damaligen Verhältnisse in immer milderem Licht, nur noch eine Minderheit beharrt bei der Beschreibung der DDR auf der Dominanz des Unrechtscharakters, während die Westdeutschen an ihrer negativen Bewertung im Großen und Ganzen festhalten. In dem Maße, wie die Unzufriedenheit über die individuelle oder allgemeine Lebenssituation nach der Wiedervereinigung wächst, verklärt sich bei vielen Ostdeutschen das Bild der DDR, werden positive Seiten herausgestellt und negative verschwiegen oder ignoriert.

*Schaubild 1: Unerträgliche Verhältnisse in der DDR?**



* Antworten von Ostdeutschen auf die Frage: „Wenn Sie jetzt einmal zurückblicken auf die letzten Jahre vor der Wende in der DDR – waren die Verhältnisse eigentlich ganz erträglich, oder würden Sie sagen, es musste sich unbedingt vieles ändern?“
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Im Vereinigungsjahr halten noch knapp drei Viertel der Ostdeutschen die Verhältnisse in der DDR für unerträglich und schließen sich der Meinung an, es müsse sich unbedingt vieles ändern; nur jeder Fünfte deklariert das Leben in der DDR als ganz erträglich. Nach der Jahrtausendwende hat sich die Gruppe der Kritiker des SED-Staates nahezu halbiert und die Gruppe der mehr oder weniger mit dem damaligen Leben Zufriedenen verdoppelt, so dass sich jetzt jeweils etwa 40 Prozent in der gegensätzlichen Beurteilung der DDR gegenüberstehen.

Mehr als jeder Zweite (54 Prozent) bejaht im Jahr 2004 sogar das Statement: „Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit in der DDR“. Und was noch schwerer wiegt – nicht einmal jeder Fünfte (18 Prozent) verneint dies.

Tabelle 1: DDR-Nostalgie*

Ostdeutschland	Würde zustimmen	Würde nicht zustimmen	Unentschieden	Summe
1994	48	26	26	100
1995	43	31	26	100
1996	48	26	26	100
2000	44	31	25	100
2004	54	18	28	100
2006	47	23	30	100

* Antworten auf das Statement: „Frage an Ostdeutsche: Wenn jemand über die DDR sagt: ‚Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit‘, würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“ (Zahlen in Prozent). Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Zwei Jahre später ebbt die nostalgische Betrachtung der DDR etwas ab. Nun stimmen dem Statement nur noch 47 Prozent der Ostdeutschen zu, aber nur knapp jeder Vierte verneint es, was umgekehrt bedeutet – bezieht man die 30 Prozent der Unentschiedenen mit ein –, dass gut drei Viertel der Ostdeutschen ein mehr oder weniger entschiedenes Votum für mehr Gleichheit und das Recht auf Arbeit abgeben. Ob sie freilich das Leben in der DDR aufgrund dessen schon generell als „schöne Zeit“ einstufen, lässt sich aus dieser etwas zu suggestiv formulierten Frage nicht zweifelsfrei ableiten.

DAS DDR-BILD VON SCHÜLERN

Junge Menschen beziehen ihr Wissen über die DDR aus Erzählungen, Büchern, Filmen oder aus dem Schulunterricht. In Ostdeutschland einschließlich Berlin prägen die Nachwirkungen der deutschen Teilung immer noch unmittelbar das Meinungsklima und den öffentlichen Diskurs. Insbesondere in Berlin prallen unterschiedliche Sichtweisen auch bei der jüngeren Generation deutlich stärker aufeinander als innerhalb der ost- bzw. der westdeutschen Länder, in denen es zwar unterschiedliche Bewertungen der DDR gibt, diese aber länderintern weniger kontrovers ausfallen. Sie blicken im Westen mit einer gewissen Distanz, im Osten mit einer sympathisierenden Nähe auf die DDR, wissen wenig Konkretes über Geschichte und Strukturen und bilden sich zumeist ein assoziatives Urteil über den SED-Staat. Erst im Vergleich mit der (jetzigen) Bundesrepublik gewinnt die realsozialistische Gesellschaft etwas an Gestalt. Um beantworten zu können, ob sich Urteile und Kenntnisse über die

DDR und das geteilte Deutschland zwischen jüngeren Menschen und älteren Generationen unterscheiden, ob sich das Geschichtsbild bei Jugendlichen in den neuen und den alten Ländern angeglichen hat bzw. ob und wo unterschiedliche Sichtweisen auf Systeme und Lebenswelten dominant sind, wurden in einem umfangreichen Projekt des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin mehr als 5.200 Schüler in vier Ländern – Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen – nach ihrer Meinung über die DDR als Staat und Gesellschaft gefragt.² Außerdem sollten sie die beiden deutschen Teilstaaten vergleichend bewerten und einige Wissensfragen über die DDR beantworten.³ Die Mehrzahl der Schüler war zum Zeitpunkt der Befragung sechzehn oder siebzehn Jahre alt, das Ost-West-Verhältnis betrug in etwa zwei zu eins. Mehr als die Hälfte besuchte ein Gymnasium, fast jeder Vierte eine Gesamtschule, zwei kleinere Gruppen in Bayern eine Real- oder Hauptschule. Ergänzt wurde die Befragung durch Gespräche mit etwa 300 Schülern und einigen Lehrern.

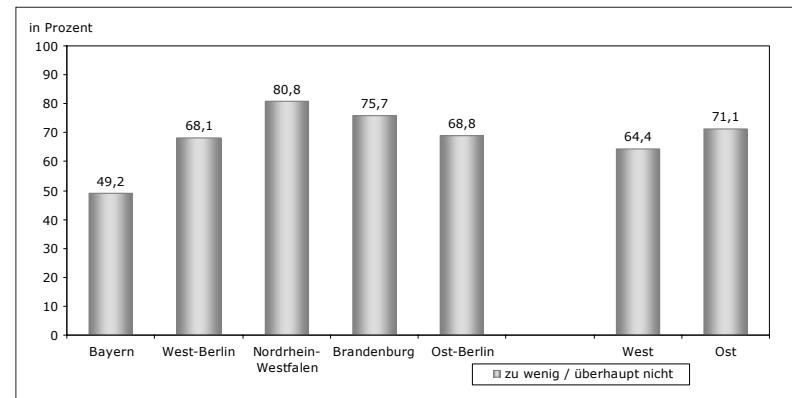
Die Befragten ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, etwa 40 Prozent fühlen sich dem linken und nicht einmal 10 Prozent dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Die politische Mitte wird am häufigsten von bayerischen, am seltensten von nordrhein-westfälischen Schülern favorisiert; entsprechend sind im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen und den anderen Ländern in Bayern die wenigsten Schüler „links“ eingestellt. Die altersspezifischen Unterschiede fallen in der politischen Einstellung eher gering aus, die geschlechtsspezifischen etwas größer. Mädchen sind im rechten Lager unterrepräsentiert und in der politischen Mitte und dem gemäßigten linken Lager leicht überdurchschnittlich vertreten. Das linke Spektrum erfreut sich bei Gymnasiasten, das rechte bei Haupt- und Realschülern überdurchschnittlicher Beliebtheit.

Die SPD wird als Partei von allen Schülern am stärksten bevorzugt, die Bündnis-Grünen erhalten virtuell deutlich mehr Zustimmung als im jeweiligen Landesdurchschnitt bei Landtagswahlen; die Linkspartei/PDS bekäme dagegen einige Prozentpunkte weniger. Während die Bündnis-Grünen im Westen deutlich stärker als im Osten sind, gilt dies für die Linkspartei/PDS, deren Potenzial im Westen mit einer Quote von unter 5 Prozent eher gering ausfällt, regional umgekehrt. Die Union kommt bei bayerischen Schülern auf vergleichsweise hohe, bei ostdeutschen und Gesamtschülern auf eher niedrige Anteile. Die Bündnis-Grünen erzielen

ihre besten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen und unter Gymnasiasten, die Linkspartei in Ost-Berlin und bei Gesamtschülern. Letztere und die ausländischen Schüler bescheren der Sozialdemokratie mit Anteilen über 40 Prozent die besten Ergebnisse. Rechtsextreme Parteien spielen bei den von uns befragten Schülern eine nur untergeordnete Rolle. Die NPD käme nur bei Realschülern auf knapp über 5 Prozent. In den meisten Teilgruppen liegen die drei rechtsextremen Parteien bei etwas über 2 Prozent. Der Anteil der Nichtwähler fällt mit steigendem Alter und dem Besuch eines höheren Schultyps.

Die DDR in Schule und Familie

Schaubild 2: Behandlung der DDR in der Schule nach Ländern/Regionen*

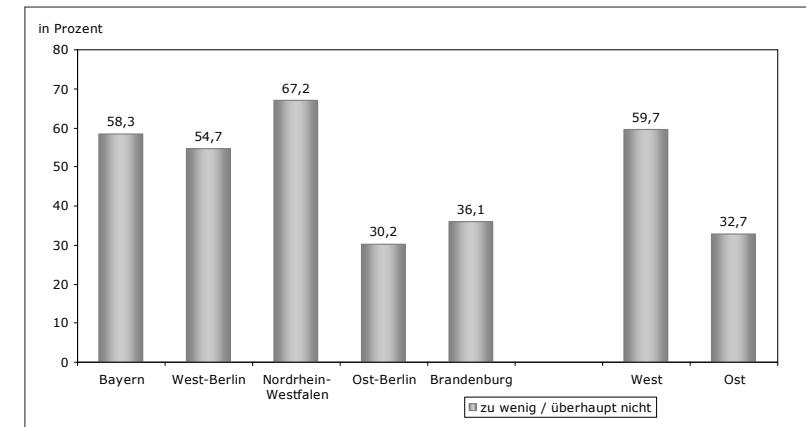


* Antworten auf die Frage: „In der Schule wurde die DDR behandelt ...“.

Ihre Kenntnisse über die DDR und das geteilte Deutschland bezieht nur eine Minderheit der befragten Jugendlichen vor allem aus der Schule. Insgesamt sagen zwei Drittel, sie hätten in der Schule zu wenig oder gar kein Wissen über den SED-Staat erworben. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede: In Nordrhein-Westfalen geben über 80 Prozent der Schüler an, im Schulunterricht wenig oder nichts über die DDR zu erfahren, in Bayern dagegen nur knapp 50 Prozent. Folgerichtig vermuten nicht einmal 20 Prozent, viel über die DDR zu wissen. Selbst in Bayern attestieren sich nur 27 Prozent einen hohen Wissensstand.⁴ Erwartungsgemäß wird in ostdeutschen Familien deutlich häufiger über die DDR gesprochen als in den drei westlichen Untersuchungsregionen. Alle Schüler, unabhängig von Herkunft, Schultyp und Geschlecht, kennen aber Filme über die DDR und beziehen hieraus – mehr oder weniger unbewusst – offenbar einen Großteil ihrer (vermeintlichen) DDR-Kennt-

nisse. Zum Zeitpunkt der Befragung waren *Sonnenallee* und *Good bye, Lenin!* die meistgesehensten Spielfilme bei den Jugendlichen; der Film *Das Leben der Anderen* gelangte erst später in die Kinos.

Schaubild 3: Gespräche über die DDR in der Familie nach Ländern/Regionen*



* Verneinende Antworten auf die Frage nach Gesprächen über die DDR in der Familie.

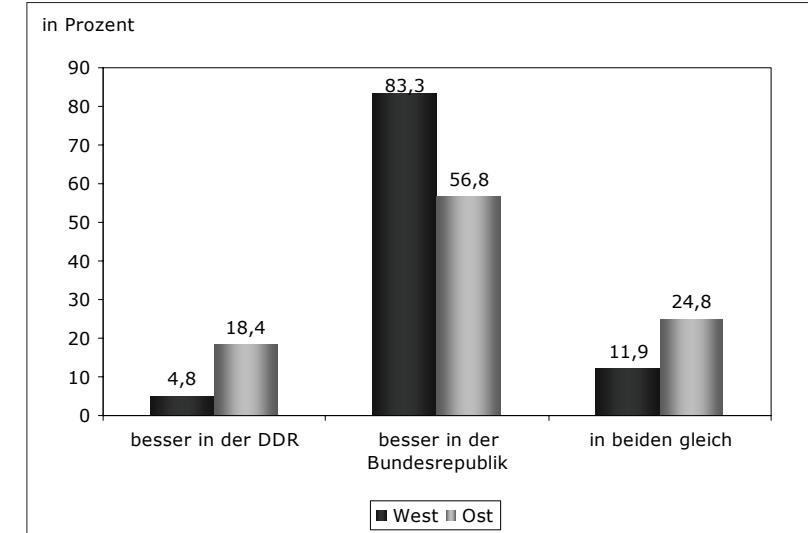
Erfreulicherweise bestehen kaum wechselseitige Animositäten zwischen den Schülern aus den alten und den neuen Ländern. Im Westen gibt es allerdings einen deutlich höheren Anteil von vorwiegend männlichen Schülern, die mit ihren Altersgenossen aus Ostdeutschland prinzipiell nichts zu tun haben wollen. Insgesamt hat nur etwa jeder siebte westdeutsche Jugendliche generelle Vorbehalte gegen seine ostdeutschen Landsleute. In West-Berlin liegt der Anteil jedoch deutlich höher. Immerhin knapp jeder Fünfte, unter den Jungen sogar knapp jeder dritte, lehnt hier einen Kontakt mit Ostdeutschen ab.⁵ Ost-Berliner sind ebenso wie Brandenburger Schüler den Westdeutschen gegenüber offener, nur jeder zwanzigste wünscht keinen Kontakt zu Westdeutschen.

Im ersten inhaltlichen Teil des Fragebogens wurden die Schüler gefragt, was sie in welchem deutschen Teilstaat besser fanden. Die Palette des geforderten Vergleichs erstreckte sich von Urteilen über das politische und gesellschaftliche System bis hin zu Alltagsfragen wie familiäre Verhältnisse, Discos oder öffentliche Verkehrsmittel. Im Ergebnis stehen geradezu eklatante Ost-West-Differenzen.⁶

Insgesamt zeigt sich bei der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten. Westdeutsche Schüler favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, ostdeutsche die DDR, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen Dimensionen, bei denen auch sie mehrheitlich mit allerdings deutlich geringeren Anteilen die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen, wo sie der DDR mit zumeist breiter Mehrheit den Vorzug geben. So ist ein von der Herkunft bestimmtes gespaltenes Bild zu erkennen, zum Beispiel bei der Beurteilung der Schulausbildung, der Kinderbetreuung, bei den Renten, den Ausbildungsplätzen oder der sozialen Gerechtigkeit.⁷

Obwohl das bundesrepublikanische Politik- und Gesellschaftsmodell von einer mehr oder weniger breiten Mehrheit positiver als das der DDR eingestuft wird, lässt sich die Skepsis vieler ostdeutscher Jugendlicher gegenüber dem westlichen System und ihre Sympathie mit der „sozialen“ DDR nicht übersehen. So halten zum Beispiel nicht einmal zwei Drittel der ostdeutschen Jugendlichen die Leistungen des bundesrepublikanischen Wirtschaftssystems für besser als das der DDR (Westen: etwa 80 Prozent). Das politische System der Bundesrepublik bekommt sogar nur von knapp 57 Prozent der Jugendlichen aus den beiden ostdeutschen Untersuchungsregionen gegenüber gut 83 Prozent aus den westdeutschen Zuspruch.

Schaubild 4: Politisches System nach Regionen*



*Antworten auf die Frage: „Deutschland vor 1989: Was glauben Sie war besser oder gleich in der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland ...?“

Schüler, die sich nicht ausreichend informiert sehen und sich keinem der beiden Gesellschaftssysteme verbunden fühlen, entziehen sich überdurchschnittlich häufig einer konkreten Antwort und votieren für „gleiche Verhältnisse“. Außerdem entscheiden sich viele für eine gleichrangige Bewertung der Zustände in den beiden deutschen Teilstaaten, weil es ihnen offenbar an Vorstellungen über bestimmte Verhältnisse in dem einen wie dem anderen Staat mangelt. Die Mehrzahl der Befragten aber legt sich bei diesen wie bei anderen Fragen unabhängig vom konkreten Wissen eindeutig fest.

Bei Aspekten, die das alltägliche Leben oder soziale Leistungen betreffen, bewerten ostdeutsche Jugendliche immer mit zum Teil breiter Mehrheit die DDR höher, westdeutsche dagegen häufiger die Bundesrepublik. Bei der Hilfsbereitschaft und dem Zusammenhalt in der Familie bevorzugt dagegen auch eine sehr breite westdeutsche Mehrheit die Verhältnisse in der DDR oder sieht „gleiche Verhältnisse“; das Votum der ostdeutschen Jugendlichen fällt noch weitaus deutlicher aus.

Es gibt allerdings auch „gleiche“ Sichtweisen unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht und besuchtem Schultyp: Unstrittig sind nach Meinung

der Schüler die Einkaufsmöglichkeiten und Reiseangebote, der Straßen- und Wohnungszustand, Discos, Theater und Kinos, die ärztliche Versorgung und die Leistung der Wirtschaft besser in der Bundesrepublik.

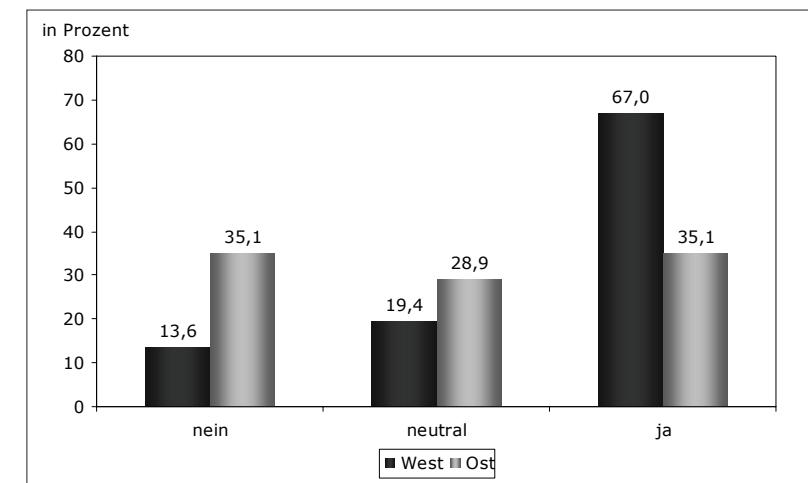
Die DDR erhält von den Schülern aus allen fünf Regionen nur einmal eine Zustimmung von über 50 Prozent, und zwar mit gut 68 Prozent bei den Mietpreisen. In den anderen ihr positiv zugesprochenen Dimensionen liegt sie jeweils einige Prozentpunkte unter der absoluten Mehrheit. Auf ihrer Negativseite stehen erwartungsgemäß die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, die nur eine Handvoll Schüler in der DDR für lobenswert hält. Für die Bundesrepublik werden mit überwältigenden Mehrheiten drei auf den vorhandenen Wohlstand bezogene Aspekte – Reise- und Einkaufsmöglichkeiten und Lebensstandard – positiv beurteilt.

Zwar geben die meisten Schüler in der vergleichenden Bewertung eine kritische Einschätzung der DDR ab, in der Detailbetrachtung der Schülergruppen aus den beiden ehemaligen Teilen Deutschlands sind jedoch enorme Differenzen festzuhalten, insbesondere bei der Beurteilung vermeintlicher Qualitäten der DDR und demokratischer Strukturen der Bundesrepublik. Gleichwohl: Die (alte) Bundesrepublik wird von einem großen Teil der Schüler – vornehmlich der westdeutschen und erstaunlicherweise gerade auch der ausländischen – als das rechtsstaatlichere System gesehen, dessen Vorteile die Gewährung individueller Freiheiten und ein hohes Wohlstands niveau waren. Dieser Auffassung schließt sich zwar auch eine Mehrheit in Ost-Berlin und Brandenburg an, aber viele der dortigen Schüler identifizieren sich nicht mit dem politischen und gesellschaftlichen System der alten – und der neuen – Bundesrepublik. Sie bewerten die DDR im Rückblick vor allem bezogen auf das alltägliche Leben und soziale Aspekte positiver als die Bundesrepublik oder zumindest als nicht schlechter. Dieser gespaltene Blick auf beide deutschen Teilstaaten spiegelt sich besonders (auffällig) in Berlin wider, wo sogar Jugendliche, die gemeinsam eine Schule besuchen, in ihrem Urteil nach wie vor häufig von der Herkunft geprägt sind.⁸

Viele Ostdeutsche bewerten die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese zugespitzte Äquidistanz gegen-

über der DDR und der Bundesrepublik wird von vielen ostdeutschen Schülern geteilt. Nur gut ein Drittel der ostdeutschen Jugendlichen – gegenüber zwei Dritteln im Westen – beurteilt das bundesdeutsche System vor 1989 ausdrücklich besser als das der DDR.

*Schaubild 5: Vor 1989: Bundesrepublik besser als DDR nach Regionen**



*Stellungnahmen zu der Aussage: „Die Bundesrepublik vor 1989 war zwar anders, aber auch nicht besser als die DDR.“

Im Schaubild wurden die Antworten umgepolt.

Die Bewertung der DDR-Gesellschaft

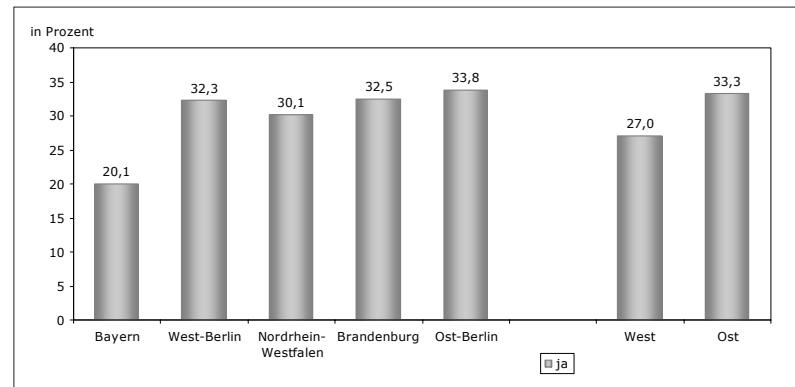
Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR wurde das konkrete Urteil über ausgewählte Dimensionen der DDR ermittelt, um den Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR zu erforschen. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend und Familie sowie nach der Außenpolitik und generell nach dem Charakter von Diktatur und Repression.

Die Schüler loben vor allem die SED-Sozialpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Nur gut 30 Prozent in den westlichen und sogar nur etwa 15 Prozent in den östlichen Untersuchungsregionen fällen über sie ein negatives Urteil.⁹ Vor allem die in der DDR herrschende Arbeitsplatzsicherheit wird von einer absoluten Mehrheit begrüßt. Hierfür würden die Schüler sogar einen geringeren Lohn in Kauf nehmen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass dieses positive Urteil in erster Linie Resultat aktueller Zu-

kunftsängste vieler Jugendlicher ist. Die negativen Seiten dieser „sozialen Sicherheit“ – die Pflicht zur Arbeit und drohende Sanktionen bis hin zur Verurteilung eines mehrjährigen Aufenthalts in Arbeitserziehungslagern – waren den meisten Schülern und vielen Lehrern nicht bekannt.

Etwas skeptischer betrachten die Jugendlichen die Wirtschaftspolitik: Etwa jeder vierte ost- und gut jeder zehnte westdeutsche Schüler beurteilt die erfragten Aspekte der zentralistischen Planwirtschaft durchgängig positiv, und nur etwa jeder vierte ost- und knapp jeder zweite westdeutsche lehnt sie durchweg ab.¹⁰ Wer sich nicht negativ über die Wirtschaftspolitik der DDR äußert, befürwortet weniger ihre damalige Realität als vielmehr einen höheren Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Die Interpretation bestätigt sich durch die Antworten auf die Behauptung, „die Wirtschaft könnte nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt“. Dieser für die Kennzeichnung der SED-Wirtschaftspolitik geläufigen Formel widerspricht nicht einmal die Hälfte der Befragten, knapp ein Drittel begrüßt sogar solch einen weitgehenden Staatseingriff.

*Schaubild 6: Staatliche Planwirtschaft als Funktionsprinzip nach Ländern/Regionen**



* Zustimmende Antworten auf die Aussage: „Die Wirtschaft kann nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt.“

Ein etwas anderes Bild zeigen die Ergebnisse des Komplexes „Schule und Alltag“. Nur knapp jeder zehnte Schüler – gut 4 Prozent im Westen, aber gut 16 Prozent im Osten – kann der Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR etwas Positives abgewinnen. Eine absolute Mehrheit äußert sich kritisch, aber knapp jeder Dritte gelangt nicht zu einem durchgängigen Urteil, sieht einiges positiv, anderes negativ.¹¹ Das vergleichsweise milde Urteil über die DDR resultiert im Wesentlichen aus der (falschen) Annahme vieler Schüler, mit entsprechenden schulischen Leistungen hätte jeder in der DDR Abitur machen und anschließend studieren können.

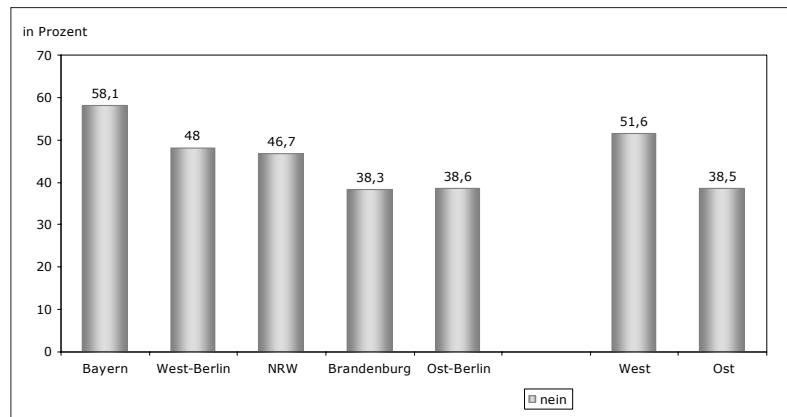
Deutlich kritischer sehen die Jugendlichen die verschiedenen Aspekte von Jugend in der DDR. Eine sehr breite Mehrheit möchte den Bedingungen jugendlichen Lebens, wie es in der DDR üblich war, nicht ausgeliefert sein. Selbst in den beiden ostdeutschen Regionen spricht sich eine gute absolute Mehrheit dagegen aus.¹² Erfreulicherweise möchte sich eine sehr breite Mehrheit – gleichermaßen im Osten wie im Westen – nicht einer Gemeinschaft oder Gruppe unterordnen, sondern hält es für wichtiger, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Positiv formuliert lässt sich konstatieren, dass die meisten Schüler Individualität verbunden mit Freiheit favorisieren und eine verordnete Ein- und Unterordnung in ein Kollektiv ablehnen.

In den drei Skalen zum politischen System und zu den Herrschaftsverhältnissen schneidet die DDR nur bei der Außenpolitik, die den meisten Schülern eher fremd ist, zumindest im Gesamtergebnis einigermaßen gut ab. Eine knappe Hälfte, unter ihnen überdurchschnittlich viele ostdeutsche, Gesamtschüler und Jüngere, lobt ausdrücklich die Außenpolitik der SED oder nimmt eine neutrale Haltung ein, insbesondere bayerische Schüler lehnen sie dagegen durchgängig ab.¹³

Der Diktaturcharakter der DDR wird in der öffentlichen Diskussion nur von wenigen – zumeist aus dem Umfeld der Partei Die Linke und ehemaligen SED-Funktionären und -Ideologen – bestritten.¹⁴ Sie halten ihren untergegangenen Staat zwar für eine Diktatur des Proletariats, interpretieren die „Diktatur“ aber als Herrschaft einer breiten Mehrheit über eine kleine Minderheit, mithin als „Volksdemokratie“. Diese dialektische Beobachtung findet unter Schülern wenig Gehör. Fast drei Viertel der Befragten wenden sich gegen jede Form der Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse und nur etwa 5 Prozent können der Diktatur Positives abgewinnen, aber immerhin gut 20 Prozent äußern sich unentschieden.¹⁵

Am stärksten lehnen bayerische Schüler (84,8 Prozent), am wenigsten Brandenburger (63,5 Prozent) die Diktatur ab. Vor allem Gesamt- und Hauptschüler fallen durch überdurchschnittlich viele positive oder unentschiedene Einschätzungen auf. Insbesondere bei den Fragen zur führenden Rolle der SED und nach der Legitimation des SED-Staates durch freie Wahlen zeigen sich viele, besonders jüngere Schüler verunsichert, was sich in hohen Anteilen neutraler Antworten niederschlägt. Unter dem Strich widerspricht nicht einmal die Hälfte – im Osten und unter Gesamtschülern deutlich weniger als im Westen und unter Gymnasiasten – der Behauptung, die DDR-Regierung sei durch demokratische Wahlen legitimiert gewesen.

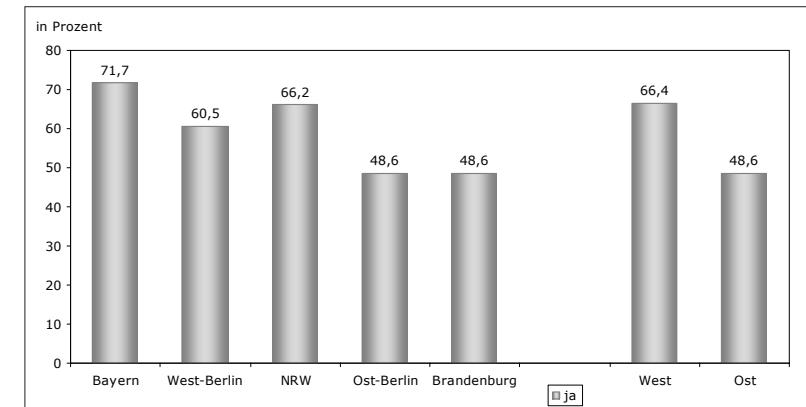
*Schaubild 7: Keine demokratische Legitimation der DDR-Regierung nach Ländern/Regionen**



* Verneinende Stellungnahmen zu der Aussage: „Die Regierung der DDR war durch demokratische Wahlen legitimiert.“

Etwa zwei Drittel der Schüler in den drei westlichen Regionen erkennen den Diktaturcharakter des SED-Staates, aber nicht einmal die Hälfte in den beiden östlichen, d.h. eine absolute Mehrheit der Brandenburger und Ost-Berliner und immerhin ein Drittel der westdeutschen Schüler bezeichnen die DDR nicht ausdrücklich als eine Diktatur. Da offensichtlich viele Jugendliche nicht in der Lage sind, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen, resultiert dieses Ergebnis nicht zuletzt aus dem mangelhaften Wissen vieler Schüler über den Zusammenhang zwischen Demokratie und freien Wahlen.

*Schaubild 8: Die DDR war eine Diktatur nach Ländern/Regionen**



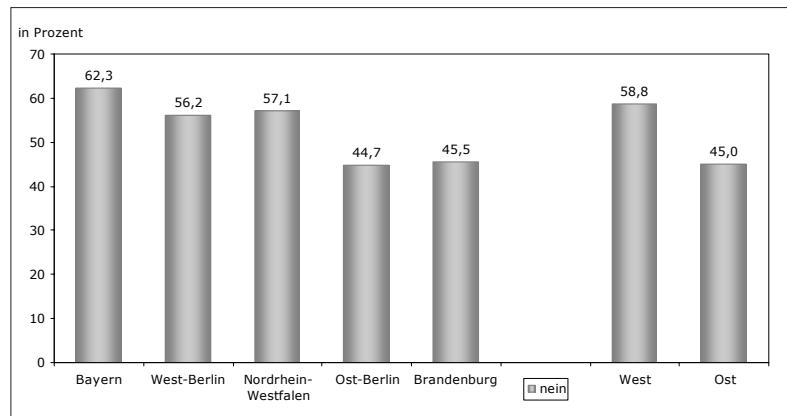
* Stellungnahmen zu der Aussage: „Die DDR war keine Diktatur – die Menschen mussten sich nur wie überall anpassen.“

Im Schaubild wurden die Antworten umgepolt.

Die deutlichste Ablehnung erfährt die Verharmlosung oder Relativierung der repressiven Seite der DDR. Gleichwohl steht der breiten Mehrheit, die die Unterdrückung in der DDR verurteilt, ein knappes Viertel – mit überdurchschnittlichen Anteilen von ostdeutschen sowie Haupt- und Gesamtschülern – gegenüber, das zumindest einige Aspekte von Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender nicht ablehnt oder ihnen sogar zustimmt.¹⁶

Die Stasi bewerten viele Schüler, vor allem ostdeutsche sowie Haupt- und Gesamtschüler, relativ positiv: Nur etwa jeder Zweite verneint die Behauptung, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sei ein Geheimdienst gewesen, wie ihn auch ein demokratischer Staat hat. Dass viele ostdeutsche Schüler MfS-Aktivitäten verharmlosen, überrascht angesichts der Wahlerfolge ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter und der mitunter anzutreffenden Gleichgültigkeit gegenüber der Vergangenheit dieses Personenkreises nicht. Manche westdeutsche, besonders bayerische Hauptschüler, assoziieren mit diesem Geheimdienst dagegen Agentengeschichten à la James Bond.

Schaubild 9: Mfs ein normaler Geheimdienst nach Ländern/Regionen?*



* Ablehnende Antworten auf die Aussage: „Die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) war ein Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.“

Im Gesamtbild sieht eine breite Mehrheit der befragten Jugendlichen die DDR überwiegend negativ, aber immerhin knapp 40 Prozent legen sich nicht fest oder haben ein durchgängig positives Bild. Zu Letzteren gehören überdurchschnittlich viele ostdeutsche sowie Haupt- und Realschüler. In diesen drei Teilgruppen beträgt der Anteil der negativen Stimmen nur etwa 40 Prozent.¹⁷

Deutschstämmige, ostdeutsche sowie Gesamtschüler haben den mildesten Blick, Gymnasiasten und westdeutsche Schüler mit den bayerischen und den Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen an der Spitze dagegen die kritischste Sicht. Das positivste Bild der DDR zeichnen Anhänger der Linkspartei/PDS und der NPD, das negativste Sympathisanten der Bündnis-Grünen. Zu einem härteren Urteil neigen Schüler, die nach eigenem Eindruck viel über die DDR wissen sowie diejenigen, die im Schulunterricht dieses Thema ausführlicher behandelt haben. Erwartungsgemäß haben ostdeutsche Schüler, die „Wesis“ gegenüber generelle Vorbehalte hegen, ein sehr positives DDR-Bild, westdeutsche mit gleichen Vorurteilen gegenüber „Ossis“ betrachten die DDR dagegen ähnlich wie ihre vorurteilsfreien Schülerkollegen.

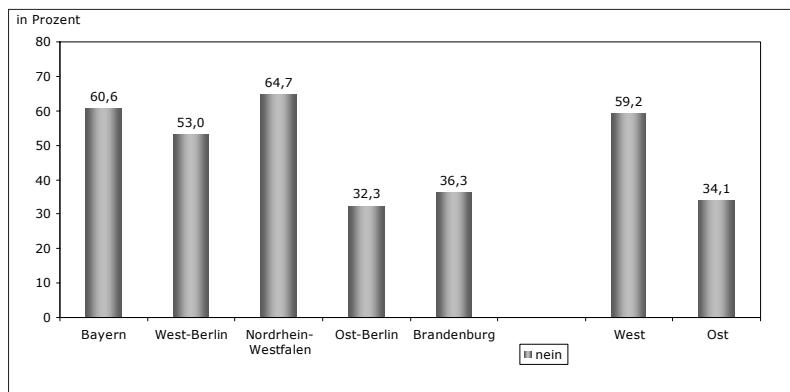
Trotz des vor allem durch die Herkunft und den besuchten Schultyp stark gespaltenen Blicks kann festgehalten werden, dass eine solide absolute Mehrheit der Schüler die DDR kritisch bzw. negativ bewertet, und nur

wenige dieser Diktatur durchgängig Sympathie entgegenbringen, aber immerhin deutlich mehr als jeder dritte sich im Urteil unschlüssig zeigt.

Die Auswertung von Statements über die DDR und die Wiedervereinigung, die nicht in die Skalen eingingen, brachte zum Teil ebenfalls überraschende Ergebnisse.¹⁸ So stimmt etwa jeder fünfte Schüler der Aussage zu, die niedrige Zahl von Ausländern in der DDR sei gut gewesen, und fast noch einmal so viele sprechen sich nicht eindeutig dagegen aus. In Ost-Berlin und bei Haupt- und Realschülern sind diese Auffassungen sogar noch stärker vertreten. Eine ausländerkritische oder -ablehnende Haltung bei einem nennenswerten Teil der befragten Schüler lässt sich auch aus der Auswertung der Beurteilung des Statements ableiten, wonach der Ausländeranteil in Deutschland auf DDR-Niveau gesenkt werden sollte. Nur etwas mehr als die Hälfte der Schüler verneint diese Position – wiederum weitaus mehr Schüler im Westen als im Osten. Im Länderranking folgen auf Ost-Berlin mit dem geringsten Widerspruch bei dieser Forderung die nordrhein-westfälischen Schüler, während am häufigsten in West-Berlin widersprochen wird.

Die schon vor der Wiedervereinigung in PDS umbenannte SED verstand es in den letzten zwei Jahrzehnten geschickt, jede Systemkritik und Delegitimation der sozialistischen Diktatur in einen Angriff auf die ostdeutsche Bevölkerung umzumünzen. Die ehemalige DDR-Bevölkerung wurde gleichsam als Schutzschild für die von der SED zu verantwortende Diktatur benutzt. Mit dieser Strategie hat die Partei bis zum heutigen Tag einen durchschlagenden Erfolg.

Schaubild 10: Instrumentelle Kritik an der DDR nach Ländern/Regionen?*



*Ablehnende Antworten auf die Aussage: „Über die DDR wird nur schlecht geredet, um die Ostdeutschen schlecht zu machen.“

Das in der Öffentlichkeit, vor allem in Ostdeutschland, vorherrschende (Vor-)Urteil, die DDR würde als System nur schlechtgeredet, um die Ostdeutschen auch heute noch herabzuwürdigen, findet vor allem bei ostdeutschen Schülern mehrheitlich Gehör. Im Gegensatz zu einer breiten westdeutschen Mehrheit lehnt im Osten nur etwa jeder Dritte diese Behauptung ab. Während in Ost-Berlin eine große relative Mehrheit von gut 46 Prozent eine Instrumentalisierung der Systemkritik sieht, wird diese Haltung nur von deutlich weniger als 20 Prozent in Nordrhein-Westfalen geteilt, wo der Unmut über die hohen Transferzahlungen häufig Gegenstand von Familiengesprächen ist. Dort wird nicht zuletzt deshalb mit dem höchsten Anteil mehr Dank der Ostdeutschen für die Transferleistungen aus dem Westen erwartet. Knapp jeder zweite Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen, aber nur gut jeder zehnte in Ost-Berlin schließt sich dieser Forderung an.

Die Wiedervereinigung werten erfreulicherweise trotz aller Kritik im Detail über drei Viertel der Schüler als positives Ereignis der deutschen Geschichte. Allerdings kommt auch hier die skeptischere Haltung der westdeutschen Schüler zum Tragen, die sich deutlich weniger als ihre ostdeutschen Mitschüler darüber freuen. Jungen sowie Haupt- und Realschüler beurteilen die Wiedervereinigung angesichts der hohen Kosten zurückhaltender als Mädchen und Gymnasiasten. Ähnlich positiv betrachten etwa zwei Drittel der Schüler – insbesondere Gymnasiasten – das Ende der DDR durch eine friedliche Revolution.

In ihrem Urteil über den Sozialismus als gute Idee und schlechte Realität in der DDR sind die Schüler erneut gespalten. Gegen den Sozialismus sprechen sich im Westen nahezu doppelt so viele Schüler wie im Osten aus. Aber auch von den Sympathisanten des Sozialismus sieht nur eine kleine Minderheit die SED als Vorbild für eine wünschenswerte starke Partei, die die Interessen aller Gruppen des Volkes vertritt – darunter etwas häufiger ost- als westdeutsche Schüler und vor allem erheblich mehr Hauptschüler als Gymnasiasten. Bei der Frage nach der Alternative zwischen Freiheit und staatlich garantierter Rundumversorgung wird die Ost-West-Differenz ebenfalls sichtbar. Etwa drei von vier westdeutschen, aber nur gut die Hälfte der ostdeutschen Schüler sprechen sich eindeutig für die Freiheit aus.

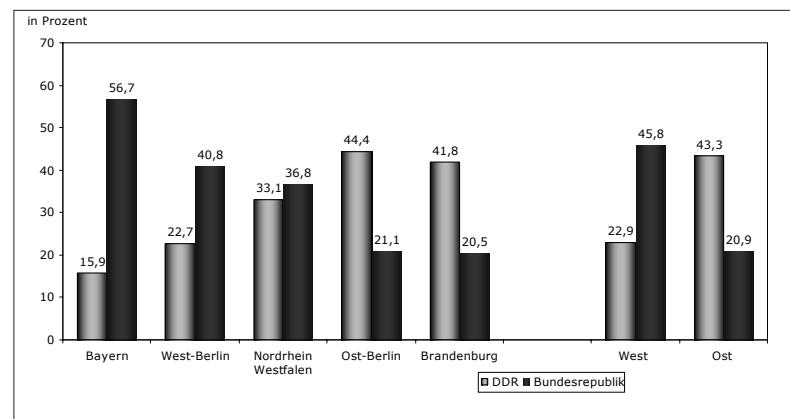
Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich zwar eine breite Mehrheit der befragten Schüler über die Wiedervereinigung freut und ein Votum für Freiheit, Demokratie und Toleranz abgibt, dennoch eine nennenswerte Minderheit hierzu eine skeptische Haltung einnimmt. Sichtbar wird zudem eine mehr oder weniger latente Ablehnung von zu vielen Ausländern in Deutschland. Viele – nicht nur ostdeutsche – Schüler sympathisieren aus verschiedenen Gründen mit dem Gedanken, den Ausländeranteil im heutigen Deutschland auf DDR-Niveau zu senken. Generell beurteilen Jungen manche Aspekte aus einer eher materialistischen Sicht, Mädchen eher aus einer emotionalen. Der Ost-West-Graben zeigt sich sowohl bei den Ergebnissen der standardisierten Zusatzbefragung als auch bei den Gesprächen.

Das Wissen über die DDR

Der vermutete geringe Wissensgrad über die DDR bestätigte sich größtenteils durch die Auswertung des letzten Teils des Fragebogens: Nur wenige der achtzehn Fragen, die den Schülern gestellt wurden, konnte eine Mehrheit richtig beantworten. Die Kenntnisse der befragten Jugendlichen über die DDR und die maßgeblichen Politiker im geteilten Deutschland sind nur gering, die Antworten stark von Vorurteilen und Vermutungen geprägt. Auch bei diesem Fragenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler als ausschlaggebender für die Antworten als andere Faktoren. Daneben beeinflusst – etwas abgeschwächt – der besuchte Schultyp den Kenntnisstand.

Prägnantes Beispiel für die gespaltene Ost-West-Sicht ist die Frage nach der saubereren Umwelt. Während knapp jeder zweite westdeutsche Schüler im Vergleich der Umweltbedingungen die Bundesrepublik für besser hält, kreuzen über 40 Prozent der ostdeutschen die DDR an. Dass auch knapp jeder Dritte aus den drei westlichen Regionen die ostdeutsche Mehrheitsmeinung teilt, deutet darauf hin, dass wenig konkretes Wissen vorhanden ist, was angesichts der breiten aktuellen Diskussion um die Verbesserung des Umweltschutzes einigermaßen verwundert. Die Argumentation vieler ostdeutscher Jugendlicher in den Gesprächen, die Umwelt sei in der DDR sauberer gewesen, da es weniger Straßen und Autos gab und weil der Staat den verstaatlichten Betrieben Umweltschutzauflagen hätte erteilen können, zeigt, mit welch entwaffnender Naivität Schüler Zusammenhänge konstruieren. Viele Jugendliche können sich nicht vorstellen, dass es gerade der Staat war, der die Betriebe zwang, auf Kosten der Natur die international vergleichsweise schwache Produktivität zu steigern.

*Schaubild 11: Umwelt sauberer in der DDR oder in der Bundesrepublik?**



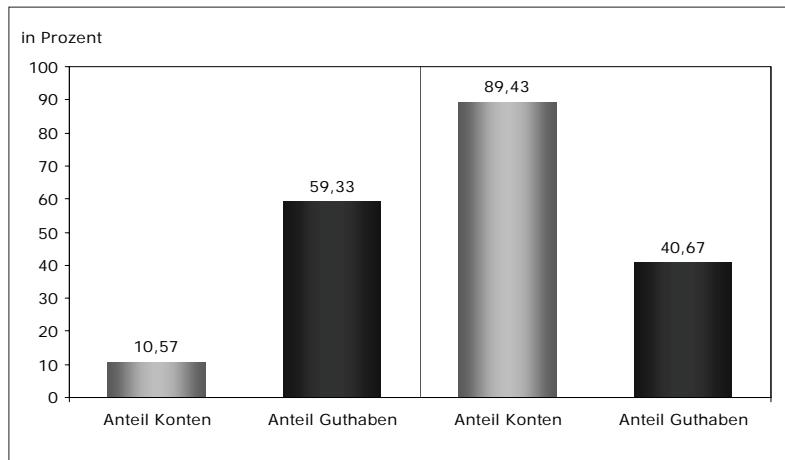
*Antworten auf die Frage: „Umwelt war sauberer in der ...“

Die DDR profitiert vor allem unter ostdeutschen Jugendlichen jedoch nicht nur bei diesem Aspekt von der Unwissenheit der Schüler. Die bis 1987 geltende Todesstrafe trauen nicht einmal 20 Prozent der Schüler aus Ost-Berlin und Brandenburg dem Staat ihrer Eltern zu. Auch im Westen geht eine Mehrheit davon aus, dass es die Todesstrafe in keinem der beiden Staaten gab.

Eine rückblickende politisch-moralische Entlastung erfährt der SED-Staat dadurch, dass viele Schüler nicht wissen, dass dort Arbeitslager bzw. Arbeitserziehungslager existierten und dass die SED den Befehl zum Bau der Mauer gab. Die Errichtung der Berliner Mauer spricht eine Mehrheit – stärker im Westen als im Osten – der Sowjetunion oder den Alliierten zu; nicht einmal jeder Dritte kreuzt bei dieser Frage die DDR an. Zu diesem Ergebnis passt die geringe Zahl von Schülern, die das Jahr der Errichtung der Mauer angeben könnten: insgesamt etwa jeder zweite, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal jeder dritte.¹⁹

Eine Mehrheit der Jugendlichen irrt bei den von ihnen unterstellten an nähernd gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit, das sich nicht wesentlich von dem in der Bundesrepublik unterschied, war den meisten, wenn nicht sogar allen Schülern unbekannt. Die von bestimmten Politikern immer noch verbreitete Legende von der sozial gerechten und solidarischen DDR treibt auch auf diesem Feld seltsame Blüten. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie nicht vorhandenes Wissen und die unhinterfragte Übernahme von Erzählungen der Eltern zu einem falschen Bild der DDR, bezogen auf die soziale Dimension, führt. Der Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass die Vermögensungleichheit in der DDR in etwa der in der alten Bundesrepublik und im wiedervereinigten Deutschland entspricht. So repräsentierten 1989 in der DDR rund 11 Prozent der Sparkonten über 59 Prozent der gesamten Spareinlagen, wohingegen rund 89 Prozent der Sparger zusammengekommen lediglich einen Anteil von ungefähr 41 Prozent an den Guthaben in der DDR einnahmen.²⁰

Schaubild 12: Verteilung des Geldvermögens in der DDR im Jahre 1989



Quelle: Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989). – Stuttgart: Steiner, 1999. – (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte; 143) und Winkler, Gunnar: Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. – Berlin: Morgenbuch-Verlag, 1993.

Die richtige Zuordnung von einigen Politikern, die ihren Staat nachhaltig geprägt haben, gelingt zumeist nur einer relativen Mehrheit, bei westdeutschen Politikern manchmal gerade der Hälfte der Schüler. Westdeutsche Staatsmänner sind bekannter als ostdeutsche, werden allerdings häufig dem falschen Staat zugeordnet. So vermutet etwa jeder Vierte – im Osten sogar mehr als jeder Dritte –, Konrad Adenauer und Willy Brandt hätten in der DDR gewirkt. Selbst Helmut Kohl wird von etwa jedem Zehnten in den SED-Staat verpflanzt. Erstaunlicherweise kennen westdeutsche Jugendliche, mit den bayerischen Schülern an der Spitze, ostdeutsche Politiker häufiger als ihre Mitschüler aus den neuen Ländern.²¹

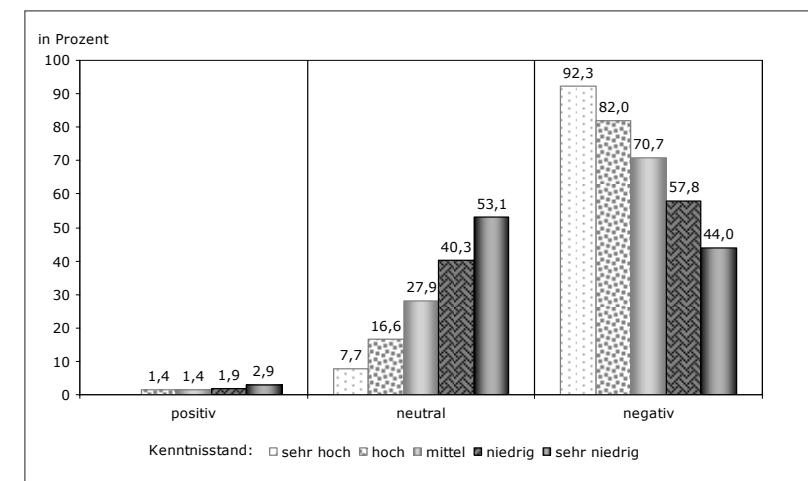
Die meisten Schüler wussten um ihre geringen Kenntnisse über die deutsche Teilungsgeschichte und die DDR. Diese subjektive Einschätzung bestätigte sich bei der Auswertung der Wissensfragen. Ein hohes oder sehr hohes Wissen kann nur etwa 10 Prozent der befragten Jugendlichen bescheinigt werden, ein niedriges oder sehr niedriges dagegen über 60 Prozent. Dabei verfügen westdeutsche Schüler, vor allem die aus Bayern und die Schülerinnen des Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen, über einen höheren Kenntnisstand als ostdeutsche. Einen traurigen Nega-

tivrekord stellen die Gesamtschüler auf, von denen fast 80 Prozent nur sehr wenig wissen.²²

Der Zusammenhang von Kenntnissen und Bewertung der DDR

Ein geradezu sensationelles und in der Eindeutigkeit von uns nicht erwartetes Ergebnis brachte der Vergleich von Kenntnisstand und Bewertung der DDR. In allen Ländern und bei nahezu allen Skalen sehen wir einen prägnanten direkten Zusammenhang zwischen dem Kenntnisstand und dem Urteil über die DDR: Je mehr die Schüler über den SED-Staat wissen, desto kritischer beurteilen sie ihn. Weitgehend unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und Schultyp bewerten Schüler mit etwa gleichem Kenntnisstand den Staat DDR und dessen Gesellschaft ähnlich: Beispielsweise bestehen zwischen Brandenburger und bayerischen Schülern, die einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand aufweisen, kaum Differenzen im Urteil.

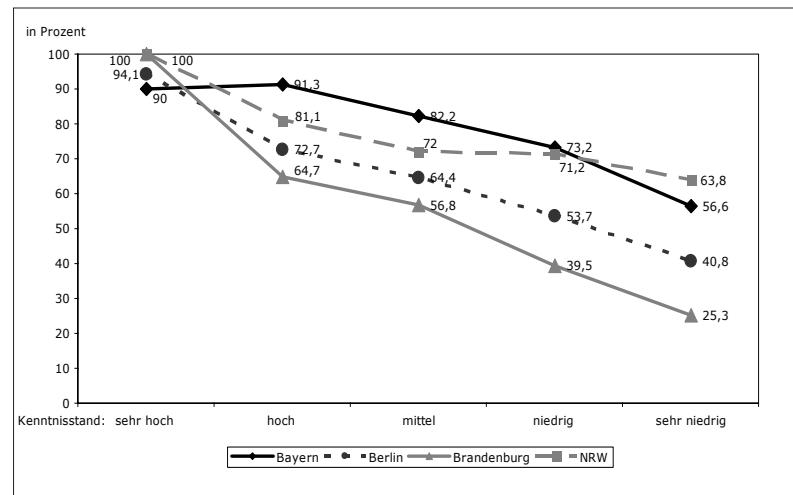
Schaubild 13: Gesamtbewertung der DDR in Abhängigkeit vom Kenntnisstand*



*Angaben in Prozent. Der Kenntnisstand bezieht sich auf 18 gestellte Wissensfragen, dabei bedeutet die Bezeichnung „sehr hoch“: > 16 richtige Antworten, „hoch“: 14 bis 16, „mittel“: 10 bis 13, „niedrig“: 6 bis 9 und „sehr niedrig“: 0 bis 5 richtige Antworten.

Der Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Bild der DDR fällt in Ostdeutschland ausgeprägter als in Westdeutschland aus, d.h. die Bewertungsunterschiede von Schülern mit unterschiedlichem Wissen sind dort erheblich größer. Die herausragende Bedeutung der Vermittlung von Grundkenntnissen über ein Gesellschaftssystem, um Jugendliche zu einem kritischen Urteil zu befähigen, hat sich hiermit eindrucksvoll bestätigt.

*Schaubild 14: Negatives Gesamtbild der DDR nach Kenntnisstand in den Ländern**



* Angaben in Prozent. Der Kenntnisstand bezieht sich auf 18 gestellte Wissensfragen, dabei bedeutet die Bezeichnung „sehr hoch“: > 16 richtige Antworten, „hoch“: 14 bis 16, „mittel“: 10 bis 13, „niedrig“: 6 bis 9 und „sehr niedrig“: 0 bis 5 richtige Antworten.

FAZIT: DAS DDR-BILD VON SCHÜLERN

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis der Schüler-Studie festhalten:

- Auch fast neunzehn Jahre nach dem Fall der Mauer zeigt die ostdeutsche Gesellschaft starke postsozialistische Tendenzen, und zwar sowohl in der mentalen Verfassung großer Teile der Bevölkerung als auch im Hinblick auf die Kritik demokratisch-pluralistischer Institutionen. Die in der DDR erworbenen mentalen Prägungen wirken weiter und werden in den verschiedenen Milieus ebenso wie Fragmente eines Geschichtsbildes an jüngere Generationen weitergegeben.

- In familiären Gesprächen wird Jugendlichen ein selektives DDR-Bild vermittelt. Erzählt werden positive Erlebnisse sowie im Nachhinein als lobenswert empfundene Aspekte des SED-Staates. Dabei nehmen die Arbeitsplatzsicherheit – ohne Berücksichtigung ihrer negativen Seiten – und der Zusammenhalt in Betrieb und Wohngebiet eine herausragende Rolle ein. Die diktatorischen Bedingungen und die Mangelwirtschaft werden dagegen ebenso wie die Aktivitäten des MfS nur selten erwähnt.
- In Westdeutschland – vornehmlich in Nordrhein-Westfalen – zeigt sich an den Schulen eine auch in der Bevölkerung vorhandene Tendenz, der DDR und ihrer Geschichte immer weniger Bedeutung beizumessen, da sie nur die Vergangenheit der Ostdeutschen beträfe. Während der Nationalsozialismus gemeinsame Geschichte beider deutscher Staaten sei, müssten sich nur die Ostdeutschen, aber nicht die Westdeutschen mit der DDR befassen.
- Die überwiegende Mehrzahl der befragten Schüler in den vier Ländern bzw. fünf Untersuchungsregionen glaubt, wenig über die DDR und das geteilte Deutschland zu wissen und erfährt hierüber in der Schule kaum etwas oder überhaupt nichts. Dabei ist die DDR in den drei westdeutschen Regionen häufiger Unterrichtsgegenstand als in den beiden ostdeutschen. Gleichzeitig äußern viele der Jugendlichen Interesse an der DDR und möchten mehr über das Leben dort erfahren. In ostdeutschen Familien wird die DDR weitaus häufiger thematisiert, allerdings zumeist nur in Bezug auf das Alltagsleben.
- Eine breite Mehrheit der Schüler hat ein überwiegend negatives Gesamtbild der DDR. Immerhin knapp 40 Prozent legen sich aber nicht fest oder geben eine positive Bewertung ab. In Ostdeutschland sowie unter Haupt- und Realschülern liegt die Quote der negativen Stimmen sogar deutlich unter der absoluten Mehrheit. Anhänger der PDS/Linkspartei und der NPD urteilen am positivsten, Sympathisanten der Bündnis-Grünen am negativsten über die DDR. Bayerische Schüler und die Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen äußern sich in erheblich höherem Maße kritisch als die Schüler aus den anderen Ländern.

- Ostdeutsche Schüler loben mit breiter Mehrheit die sozialen Seiten des SED-Staates und gleichzeitig neigt eine beträchtliche Minderheit unter ihnen zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Westdeutsche Schüler sprechen – wenn auch in abgeschwächter Form – der DDR bei einigen sozialen Dimensionen des Lebens ebenfalls ein Lob aus, erkennen aber mit sehr breiter Mehrheit den Diktaturcharakter dieses Staates.
- Der Vergleich verschiedener politischer und gesellschaftlicher Dimensionen der beiden deutschen Teilstaaten zeigt ebenfalls eine unterschiedliche, mitunter sogar gegensätzliche Sichtweise. Westdeutsche Jugendliche präferieren auf nahezu allen Feldern die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik, ostdeutsche in den sozialen und alltäglichen Bereichen die DDR und bei den politischen Aspekten mit allerdings geringeren Anteilen als ihre westdeutschen Mitschüler die Bundesrepublik. Eine nennenswerte Minderheit vornehmlich ostdeutscher Schüler favorisiert sogar das politische System und vor allem die Wirtschaftsordnung der DDR. Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern nicht bekannt. In Ostdeutschland kennzeichnet nicht einmal jeder Zweite, in Westdeutschland immerhin noch jeder Dritte die DDR nicht ausdrücklich als Diktatur. Eine absolute Mehrheit weiß nicht, ob die DDR-Regierung durch demokratische Wahlen legitimiert war.
- Wie die älteren Generationen präferieren junge Westdeutsche stärker als ihre ostdeutschen Altersgenossen individuelle Freiheit statt soziale Rundumversorgung und sind Ausländern gegenüber wesentlich toleranter eingestellt. Erfreulicherweise wird die Wiedervereinigung nur von wenigen Schülern, im Westen häufiger als im Osten, in Frage gestellt.
- Die große Mehrheit der Jugendlichen konnte die von uns gestellten Wissensfragen nicht richtig beantworten. Außer in Bayern, wo die Hauptschüler durch vergleichsweise hohes Wissen glänzen, haben breite Mehrheiten kaum ausgeprägte Kenntnisse über die DDR.

Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das westdeutsche stärker durch den Schulunterricht beeinflusst wird. Das Bild der DDR wird stark geprägt vom Kenntnisstand: Je mehr Schüler

über den SED-Staat wissen, umso kritischer fällt ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp. Es muss Aufgabe der Schule sein, dieses Wissensdefizit auszugleichen. Dabei sollte die Delegitimation der sozialistischen Diktatur mit der Vermittlung freiheitlich-demokratischer Werte verknüpft werden mit dem Ziel, Jugendliche immun zu machen gegen jegliche diktatorische Verführung.

- 1/ Vgl. zur Genese und Bedeutung von Geschichtsbildern und Erinnerungen Schmid, Harald: *Systemwechsel und Geschichtsbild. Zur Debatte um die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ von NS- und SED-Vergangenheit*. In: *Deutschlandarchiv*, 38 (2005) 2, S. 290-297 und Spinelli, Barbara: *Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus*. – München: Kunstmann, 2002.
- 2/ Zu den Ergebnissen siehe Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich*. – Stamsried: Vögel, 2008. – (Berlin & München. Studien zu Politik und Geschichte; 6). Da sich die Befragungsergebnisse West- und Ost-Berliner Schülern stark voneinander unterscheiden, wurde in der Auswertung zwischen fünf Untersuchungsregionen – Bayern, Ost-Berlin, West-Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen – differenziert. Die regionalen Ergebnisse der Befragung sind gesondert in Arbeitspapieren des Forschungsverbundes SED-Staat veröffentlicht; vgl. Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Berlin*. Abschlussbericht. – Berlin: Forschungsverbund SED-Staat, 2007. – (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 38); Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Nordrhein-Westfalen*. – Berlin: Forschungsverbund SED-Staat, 2007. – (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 39); Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Brandenburg*. – Berlin: Forschungsverbund SED-Staat, 2007. – (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 41) und Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Bayern*. – Berlin: Forschungsverbund SED-Staat, 2008. – (Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat; 40).
- 3/ Der Fragebogen bestand neben den persönlichen Angaben aus drei Teilen: Erstens einem Vergleich: Die Schüler sollten – mehr oder weniger assoziativ – ausgewählte Aspekte von Staat und Gesellschaft der DDR und der Bundesrepublik vergleichend beurteilen. Zweitens einer Befragung nach Skalen: Die Auswertung ausgewählter Items zu verschiedenen Aspekten der DDR erlaubte eine nach dem Skalenverfahren ermittelte Aufteilung der Befragten hinsichtlich eines positiven, neutralen oder negativen Bildes der DDR. Drittens einer Abfrage von Kenntnissen: Hiermit sollte das Wissen über die DDR – und zum Teil auch über die Bundesrepublik – ermittelt werden. Zur Methode vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 175-181.
- 4/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 190.
- 5/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Das Bild der DDR von Schülern in Berlin*. – S. 66-67.

- 6/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 202-299.
- 7/ Vgl. die Übersicht in ebd., S. 283.
- 8/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Das Bild der DDR von Schülern in Berlin.* – S. 69-164.
- 9/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 308.
- 10/ Vgl. ebd., S. 317.
- 11/ Vgl. ebd., S. 336.
- 12/ Vgl. ebd., S. 327.
- 13/ Vgl. ebd., S. 344.
- 14/ Vgl. die Beiträge in Burrichter, Clemens / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch.* – Berlin: Dietz, 2006 und Fischer, Gerhard / Krusch, Hans-Joachim / Modrow, Hans / Richter, Wolfgang / Steigerwald, Robert (Hrsg.): *Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte.* – Schkeuditz: GNN-Verlag, 1999.
- 15/ Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 354.
- 16/ Vgl. ebd., S. 366.
- 17/ Vgl. ebd., S. 372.
- 18/ Vgl. ebd., S. 380-401.
- 19/ Vgl. ebd., S. 411 sowie Deutz-Schroeder / Schroeder: *Das Bild der DDR von Schülern in Nordrhein-Westfalen.* – S. 220-221.
- 20/ Ausführlich hierzu Deutz-Schroeder / Schroeder: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat?* – S. 412-416.
- 21/ Ebd., S. 421-434.
- 22/ Vgl. ebd., S. 438.

DIE AUTOREN

Professor Dr. jur. Wolfgang Schuller
Jahrgang 1935, Historiker, emeritierter Ordinarius der Alten Geschichte, Universität Konstanz.

Professor Dr. Klaus Schroeder
Jahrgang 1949, Soziologe und Politikwissenschaftler, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Ralf Thomas Baus
*Leiter Team Innenpolitik
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96-35 03
 E-Mail: ralf.baus@kas.de*

Wolfgang Hilberer
*Koordinator Bürgergesellschaft
 Team Innenpolitik
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96-35 07
 E-Mail: wolfgang.hilberer@kas.de*

PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an. Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- Michael F. Feldkamp:
Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949.
Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-09-8

- Bernd Sprenger / Bodo Herzog:
Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-10-4
- Berndt Seite:
Weißen Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-08-1

- Uwe Backes / Ralf Thomas Baus / Herfried Münkler:
Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2009
ISBN 978-3-940955-46-3
- Beate Neuss / Stanislaw Tillich / Richard Schröder:
Wege zu einer Kultur des Erinnerns
Dokumentation der Eröffnungsveranstaltung zur Ringvorlesung
2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen
Sankt Augustin/Berlin, April 2009
ISBN 978-3-940955-64-7

■ Ehrhart Neubert:

Die Friedliche Revolution. Vom Herbst 1989 bis zur Deutschen Einheit
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009
ISBN 978-3-940955-82-1

■ Heiner Timmermann:

Adenauers Westbindung und die Anfänge der Europäischen Einigung
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009
ISBN 978-3-940955-87-6

INTERNETPORTALE

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschicke des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe unter www.kas.de/wf/de/71.6466/

Außerdem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter www.kas.de/weichenstellungen eingerichtet.